

Friedrich Kießling
Gegen den „großen Krieg“?

Studien zur Internationalen Geschichte

Herausgegeben von Wilfried Loth
und Anselm Doering-Manteuffel,
Jost Dülffer und Jürgen Osterhammel

Band 12

Friedrich Kießling

Gegen den „großen Krieg“?

Entspannung in den internationalen Beziehungen
1911–1914

R. Oldenbourg Verlag München 2002

Gedruckt mit Unterstützung des Förderungs- und Beihilfefonds Wissenschaft der VG WORT

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einkaufsaufnahme

Kießling, Friedrich:

Gegen den „großen Krieg“? Entspannung in den internationalen Beziehungen 1911 – 1914 / Friedrich Kießling. – München : Oldenbourg, 2002

(Studien zur internationalen Geschichte ; Bd. 12)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 2000

ISBN 3-486-56635-0

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg-verlag.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und die Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlagbild: Werbeanzeige in: Leipziger Illustrierte Zeitung, 12. 12. 1912, S. 1206

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH,
Kirchheim b. München

ISBN 3-486-56635-0

Inhalt

Vorwort	VII
Einleitung: Ein Salut für den französischen Ministerpräsidenten	1
I. Geheimdiplomatie als Friedensgarantin? Die Haltung der offiziellen Außenpolitik zu alternativen Modellen der Konfliktregulierung am Anfang des 20. Jahrhunderts	17
II. Die zweite Marokkokrise oder vom Wert des Friedens	31
1. Kriegserwartung und Kriegsvermeidung: die Themen der Agadirkrise	31
2. Die Perzeption von Kriegsgefahr in der zweiten Marokkokrise.	35
3. Vom Wert des Friedens	41
4. Konsequenzen	57
a. Auf der Suche nach neuem Handlungsspielraum. Österreichische außenpolitische Konzepte nach der zweiten Marokkokrise.	58
b. Die „Allianzdebatte“ im Foreign Office nach Agadir. Tripelentente und Entspannung	64
c. Deutschland: Diplomaten gegen Militärs	71
III. Bilaterale Entspannung zwischen zweiter Marokkokrise und erstem Balkankrieg	77
1. Entspannung zwischen Wien und St. Petersburg: nur ein Gerücht? ..	79
2. Wege aus dem Antagonismus: Großbritannien und Deutschland nach der zweiten Marokkokrise	95
3. Berlin – St. Petersburg: Entspannung zwischen den konservativen Monarchien	109
4. Entspannung zwischen Wien und den Westmächten: englisches Desinteresse und österreichisch-ungarische Anleihewünsche.	123
5. Berlin – Paris: um Normalität bemüht	135
6. Zwischenfazit I: widersprüchliche historische Bilder. Entente cordiale und der „Geist von Potsdam“	145

IV.	Multilaterale Entspannung. Das europäische Konzert während der Balkankriege	149
1.	Die „Institution“ des europäischen Konzerts	149
2.	Entspannung im Zeichen „Europas“ 1912/13.	154
a.	Handlungsoptionen oder die Suche nach der richtigen Methode ..	154
b.	Die Londoner Botschafterkonferenz	177
V.	Dem Krieg entgegen? Entspannung zwischen den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg	193
1.	Fortsetzungen.	193
a.	Die deutsch-französischen Beziehungen	193
b.	Österreich-Ungarn und Frankreich	207
c.	Großbritannien und Österreich-Ungarn	216
2.	Entspannung vertieft sich: die deutsch-englischen Beziehungen	224
3.	Abgerissene Linien?	235
a.	Das europäische Konzert nach den Balkankriegen	235
b.	„Es wird nichts zwischen uns mehr werden“. Deutschland und Rußland vor dem Ersten Weltkrieg	242
c.	Verengter Handlungsspielraum: Entspannung in den österreichisch-russischen Beziehungen vor und nach dem Frieden von Bukarest	245
4.	Zwischenfazit II: Entspannung am Vorabend des Ersten Weltkriegs ..	268
a.	Die Nervosität der Kabinette	268
b.	Die Regeln der Diplomatie	274
c.	Drei Entspannungspraktiken: „Getrennte, aber keine feindlichen Lager“, „renversement des alliances“ und Entspannung als Balkanpolitik	276
VI.	Entspannung 1911–1914 und die Julikrise	281
1.	Die Wiederkehr der Methoden	281
2.	Kriegserwartung im Frühjahr 1914 oder der Topos vom vermiedenen Krieg	287
3.	Entspannung im Kalkül der Mächte während der Julikrise	307
	Schlußbetrachtung: Entspannung im instabilen Blocksysteem	317
	Quellen- und Literaturverzeichnis	325
	Register	345

Vorwort

Dies ist ein Buch über Diplomaten und Außenpolitiker, darüber, was Außenminister, Regierungschefs oder Botschafter zueinander sagten, was sie schrieben oder was sie dachten. In einem wissenschaftlichen Kontext, in dem beinahe jede Studie zur Geschichte der internationalen Beziehungen mit dem Hinweis beginnt, sie unterscheide sich fundamental von traditionellen Methoden, mag das überraschen. Es erklärt sich aus einer doppelten Überzeugung: Zum einen gehe ich davon aus, daß Diplomatie bzw. offizielle Außenpolitik, weit mehr als das heute der Fall ist, vor 1914 fundamentale Bedeutung besaßen. Ja mehr noch, sie lagen am Schnittpunkt der Faktoren, die die internationalen Beziehungen bestimmten. Wer etwas über die internationale Politik vor dem Ersten Weltkrieg erfahren möchte, muß deshalb hier beginnen. Zugleich glaube ich, daß die traditionellen Quellen der Diplomatiegeschichte bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind. Wir sind zwar in den meisten – aber überraschenderweise doch nicht in allen – Fällen ziemlich genau darüber informiert, was die außenpolitischen Entscheidungsträger sagten oder taten. Über das „Wie“, darüber, wie Diplomaten miteinander sprachen oder wie sie mit der Öffentlichkeit umgingen und welchen Regeln sie folgten, wissen wir sehr viel weniger. Dieser Studie liegt die Vorstellung zugrunde, daß dieses „Wie“, daß z.B. der außenpolitische Sprachgebrauch oder die zeitgenössisch benutzten Formen der internationalen Politik Bedeutung transportierten und daß ohne deren Kenntnis die internationalen Beziehungen vor 1914 nur schwer zu verstehen und zu analysieren sind. Das heißt aber auch, daß sich der Weg in den Ersten Weltkrieg nicht ohne die Deutungen und Interpretationen untersuchen läßt, die die Zeitgenossen den internationalen Entwicklungen der letzten Friedensjahre zukommen ließen. Ohne traditionelle Methoden zu verdammen, geht die Studie in solchen Bereichen über diese hinaus.

Zu den Phänomenen, die in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg in hohem Maße die zeitgenössische Aufmerksamkeit auf sich zogen, gehörte Entspannung zwischen den außenpolitischen Lagern. Es gab bilaterale und multilaterale Entspannung, es gab Entspannung im Zusammenhang von außenwirtschaftlichen Entwicklungen und im Kontext von Pressebeziehungen. Eines ist aber allen Entspannungsbemühungen und Entspannungstrends gemeinsam. Ihre Bedeutung für die internationalen Beziehungen im unmittelbaren Umfeld des Ersten Weltkriegs erschließt sich vor allem aus der Frage, wie sie von den Zeitgenossen wahrgenommen wurden.

Die Arbeit wurde im Sommersemester 2000 von den Philosophischen Fakultäten der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg als Dissertation angenom-

men, und am Anfang ist reichhaltiger Dank notwendig. An erster Stelle möchte ich meinen Doktorvater Herrn Prof. Dr. Gregor Schöllgen nennen, ohne dessen vielfältige Unterstützung und ohne dessen Verständnis die Arbeit nicht hätte entstehen können.

Zu einer historischen Dissertation gehören die Archivreisen. In meinem Fall führten sie nach Bonn ins Politische Archiv des Auswärtigen Amtes, ins Bundesarchiv nach Koblenz, ins Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien, ins Public Record Office London, ins Public Record Office Northampton und nach Oxford in die Bodleian Library. Überall wurde ich von den Mitarbeitern der Archive und Bibliotheken freundlich, kompetent und tatkräftig unterstützt. Bei ihnen möchte ich mich bedanken. Archivreisen, aber auch das Nachdenken und Schreiben zu Hause kosten Geld. Die Studienstiftung des deutschen Volkes hat die Arbeit mit einem Promotionsstipendium unterstützt, das Deutsche Historische Institut London hat mit einem Forschungsstipendium einen mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in England ermöglicht. Beiden Institutionen schulde ich nicht nur für ihre finanzielle Unterstützung großen Dank. Die VG WORT hat mit einem großzügigen Beitrag die Drucklegung gefördert.

Unter denen, die Kritik geübt oder meine Probleme angehört haben, möchte ich besonders nennen: Herrn Prof. Dr. Lothar Kettenacker und Herrn Prof. Dr. Johannes Paulmann, die in einer frühen Phase wichtige Hinweise gaben, und Herrn PD Dr. Frank-Lothar Kroll, der ganz am Schluß kritisierte und überdies das Zweitgutachten übernahm. Bedanken möchte ich mich ebenso bei den Herausgebern der Studien zur Internationalen Geschichte, insbesondere bei Herrn Prof. Dr. Wilfried Loth für die Aufnahme der Arbeit in ihre Reihe. Frau Cordula Hubert vom Oldenbourg Verlag hat das Manuskript sehr präzise und sorgsam lektoriert. Auch ihr gilt mein Dank.

Vor allem aber danke ich Nathali und Lorenz.

Einleitung: Ein Salut für den französischen Ministerpräsidenten

Im August 1912 befand sich der französische Ministerpräsident auf dem Weg zu einem Staatsbesuch in Rußland. Raymond Poincaré fuhr mit dem Schiff. Er selbst behauptete, um auf der langen Reise Gelegenheit zur Erholung zu finden, in Deutschland wurde vermutet, weil der Ministerpräsident auf keinen Fall das Reichsgebiet berühren wollte, nicht einmal den Nord-Ostsee-Kanal, so notierte man etwas pikiert, benutze Poincaré.¹ Als sein Schiff, die „Conde“, am 7. August – schon in der Ostsee – einem deutschen Marinegeschwader begegnete, wurde es mit Salutschüssen begrüßt. Es dauerte nicht lange, da berichtete die europäische Presse über das „Ereignis“, und für ein paar Tage war es den Zeitungen wichtig genug für die erste Seite.² Es entstand eine kleine Diskussion darüber, wie viele Schüsse abgefeuert worden waren. Waren es 17, 19 oder gar 21, wie sie eigentlich nur vorgesehen waren, wenn sich drei Staatsoberhäupter trafen?³ Aber abgesehen von solchen Fragen war man sich ziemlich einig, daß die Begrüßung durch die deutschen Schiffe einen „Akt hoher Höflichkeit“⁴ darstelle, daß sie gerade in Zeiten, in denen Gerüchte über eine französisch-russische Marinekonvention kursierten, von eminenter „symbolischer Bedeutung“⁵ sei und trotz aller Rüstungen die friedlichen Tendenzen im deutsch-französischen Verhältnis demonstriere.⁶ Die „Frankfurter Zeitung“ freute sich über die französische Presse, die so entgegenkommende Worte gefunden habe, „wie wir sie von ihr noch selten zu hören bekamen“.⁷ Der „Figaro“ sah, „wie Herr v. Kiderlen sagen würde, ein Entgegenkommen“, eine deutsche „Avance“.⁸

Was ist das für eine historische Konstellation, in der der Salut eines Kriegsschiffes tagelang die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zieht und zum Anlaß intensiver

¹ „Frankfurt, 2. August“, Frankfurter Zeitung, 2. August 1912, Abendblatt.

² „Die Begrüßung des französischen Ministerpräsidenten durch deutsche Kriegsschiffe“, Neue Freie Presse, 9. August 1912, Abendblatt; „Die Reise des Herrn P.“, Frankfurter Zeitung, 10. August 1912, Abendblatt.

³ „Begrüßung Poincarés durch ein deutsches Geschwader“, Neue Freie Presse, 9. August 1912, Morgenblatt.

⁴ Frankfurter Zeitung, 9. August 1912, Abendblatt.

⁵ „Die Begrüßung des französischen Ministerpräsidenten durch deutsche Kriegsschiffe“, Neue Freie Presse, 9. August 1912, Abendblatt.

⁶ Ebd.

⁷ „Die Reise des Herrn P.“, Frankfurter Zeitung, 10. August 1912, Abendblatt.

⁸ „Die Reise Poincarés“, Neue Freie Presse, 9. August 1912, Abendblatt.

Spekulationen über Entspannung zwischen Staaten verschiedener diplomatischer Lager werden kann?

Eine solche weitreichende Interpretation einer auf den ersten Blick marginalen Begebenheit ist in den internationalen Beziehungen vor 1914 jedenfalls beileibe kein Einzelfall. Sei es als Wahrnehmung einer tatsächlichen außenpolitischen Entwicklung, sei es als Gegenstand konzeptioneller Überlegungen oder sei es als Gerücht: Entspannung oder, als zeitgenössischer Terminus der internationalen Politik auch im Deutschen gebräuchlich, „Détente“ zwischen Staaten der beiden außenpolitischen Blöcke war in den Jahren vor 1914 eines der meistdiskutierten Themen der internationalen Politik. In der „Times“ konnte man im Februar 1912 an zwölf Tagen das Neueste über die österreichisch-russische beziehungsweise die deutsch-englische Annäherung lesen, oft in mehreren Artikeln pro Ausgabe. In der Wiener „Neuen Freien Presse“ erschienen zwischen den ersten Monaten 1912 und Frühjahr 1914 fast 20 Leitartikel über Entspannung zwischen Berlin und London. Doch nicht nur die deutsch-englischen oder die österreichisch-russischen Beziehungen wurden Gegenstand von Entspannungsgerüchten, und solche Spekulationen fanden sich auch nicht nur in der Presse: Im November 1913 zählte der englische Gesandte in München, Sir Vincent Corbett, nicht weniger als vier Beispiele bilateraler Beziehungen, über deren Umgestaltung in der deutschen Öffentlichkeit gerade spekuliert wurde.⁹ Eine eventuelle österreichisch-russische Annäherung war wieder darunter, nicht aber die deutsch-englische Entspannung. Dafür glaubte man Anzeichen für ein „rapprochement“ zwischen Österreich und Frankreich erkennen zu können. Gleichzeitig – auch das typisch – wurde die Stabilität der englisch-russischen Entente von 1907, in gewissem Maße auch die des deutsch-österreichischen Zweibundes von 1879 in Frage gestellt. Corbett fügte einen weiteren Fall hinzu: „At the back of every German mind [...] there is the hope that some day an opportunity will occur for the resumption of the old alliance with Russia and the policy of Bismarckian reinsurance. The prospect, it may be admitted, seems at present remote but it is far from impossible“.¹⁰ Man wird im November 1913 aus heutiger Sicht kaum auffällige Vorkommnisse in den internationalen Beziehungen finden, die die von Corbett beschriebenen Mutmaßungen rechtfertigten.¹¹ Zwar gab es in den Jahren zwischen zweiter Marokkokrise und Erstem Weltkrieg durchaus Vorgänge, die auch aus heutiger Sicht auf Entspannung hindeuten konnten – die Kolonialverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich beziehungsweise Deutschland und England, aber auch Gipfeltreffen, wie das zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. Anfang Juli 1912. Aber solche Ereignisse brauchte es in einer Szenerie, in der ein Salut Bedeutung erhielt, gar nicht.

Bei der Ehrenbekundung für den französischen Ministerpräsidenten handelt es sich allerdings auch um einen Grenzfall. Es lag nämlich keineswegs in der Absicht der

⁹ Bericht aus München, 24. November 1913, PRO/FO 371/1652.

¹⁰ Ebd. Die Botschaften in Berlin und Wien – das war keineswegs selbstverständlich – bekamen Abschriften von Corbetts Bericht zugesandt.

¹¹ Der Senior Clerk im Western Department des Foreign Office, Rowland Sperling, brachte die Spekulationen im österreichisch-französischen Verhältnis mit finanzpolitischen Gerüchten in Verbindung: „As regards the rapprochement between France & Austria-Hungary there is some reason to suppose that enquiries have been made in Paris unofficially as to the possibility of raising an Austrian loan.“ Vermerk Sperling, ebd.

deutschen Regierung, Poincaré Avancen zu machen. Vielmehr hatte sich, wie Kaiser Wilhelm II. amüsiert seiner Umgebung erklärte, der Kommandant des französischen Schiffes den Salut „erschwindelt“. Statt der dem Ministerpräsidenten gebührenden Ehrenflagge, die keinen Salut hätte beanspruchen können, habe das französische Schiff die Flagge des Marineministers gehißt, nun mußte der deutsche Admiral „salutieren“.¹² Den französischen Ministerpräsidenten hätte man weder grüßen müssen noch wollen. Also doch eine Episode ohne jede Bedeutung?

Aus Sicht der bisherigen historischen Forschung müßte man diese Frage wohl bejahen. Die Geschichtswissenschaft hat sich mit den Entspannungstendenzen in den internationalen Beziehungen zwischen zweiter Marokkokrise und Erstem Weltkrieg schwergetan. In einem Begründungszusammenhang, der die Jahre 1911 bis 1914 als eine Stafette von Krisen begreift, die schließlich im allgemeinen Krieg mündete, blieb für deeskalierende Momente wenig Raum. Die Agadirkrise brachte den Tripoliskrieg hervor, der Krieg zwischen Italien und der Türkei löste den ersten, dieser den zweiten Balkankrieg aus. Der „dritte Balkankrieg“¹³ zwischen Österreich-Ungarn und Serbien bedeutete schließlich den Weltkrieg. Die zweite Marokkokrise hatte zu einer weiteren Verfestigung der Blöcke geführt,¹⁴ die Rüstungsspirale drehte sich jetzt auch zu Lande immer schneller und verschärfte die politische Konfrontation zusätzlich.¹⁵ Mit dieser Ereigniskette einher ging die mentale Aufrüstung.¹⁶ Zwar fehlt der Hinweis auf Entspannung in Gesamtdarstellungen selten. Die Interpretation beschränkt sich jedoch häufig auf die Feststellung, daß trotz der Spannungsbemühungen die

¹² Bericht aus Berlin No. 33 E, 27. August 1912, HHStA/P.A. III/170.

¹³ Remak, Joachim: 1914 – The Third Balkan War: Origins Reconsidered. In: *Journal of Modern History* 43 (1971), S. 354–366.

¹⁴ Am wichtigsten zwei Aufsätze von Hildebrand, Klaus: Julikrise 1914: Das europäische Sicherheitsdilemma. Betrachtungen über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: *GWU* 36 (1985), S. 469–502 u. ders.: Europäisches Zentrum, Überseeische Peripherie und Neue Welt. Über den Wandel des Staatensystems zwischen Berliner Kongreß (1878) und dem Pariser Frieden (1919/20). In: *HZ* 248 (1989), S. 53–94. An anderer Stelle hat Hildebrand allerdings Arbeiten zu den „verpaßten Chancen“ von Flexibilität im Bündnisssystem vor 1914 angemahnt. Ders.: *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*. München 1994, S. 121.

¹⁵ Z.B. Herrmann, David G.: *The Arming of Europe and the Making of the First World War*. Princeton 1996; Stevenson, David: *Armaments and the Coming of the War: Europe 1904–1914*. Oxford 1996.

¹⁶ Hier haben besondere Aufmerksamkeit gefunden: Nicholls, Anthony J. u. Kennedy, Paul M. (Hg.): *Nationalist and Racist Movements in Britain and Germany*. London u. Oxford 1981. Dülffer, Jost u. Holl, Karl (Hg.): *Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Beiträge zur historischen Friedensforschung. Göttingen 1986; darin v.a.: Mommsen, Wolfgang J.: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg. Außenpolitik und öffentliche Meinung im Deutschen Reich im letzten Jahrzehnt vor 1914, S. 194–224; Krumeich, Gerd: *Aufrüstung und Innenpolitik in Frankreich vor dem Ersten Weltkrieg*. Die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht 1913–1914. Wiesbaden 1980. Die meisten Aspekte des „main stream“ in der Forschung finden sich in einer Formulierung Thomas Meyers kurz zusammengefaßt: „Von Marokko bis Sarajevo läßt sich eine Entwicklungslinie ziehen. [...] Der Weltkrieg bereitete sich vor; die Koalitionen formierten sich im Sommer 1911. In Frankreich wurde ein antideutscher Chauvinismus [...] neu belebt. Auch das deutsch-britische Verhältnis hatte schweren Schaden gelitten. [...] Innenpolitisch setzte sich die Überzeugung durch, der Krieg sei das einzige Mittel, um die Umklammerung des Reiches zu durchbrechen.“ Ders.: „Endlich eine Tat, eine befreiende Tat...“ Alfred von Kiderlen-Wächters „Panthersprung nach Agadir“ unter dem Druck der öffentlichen Meinung. Husum 1996, S. 310.

Lage ernst blieb beziehungsweise sich weiter verschlechterte.¹⁷ Entspannung und Spannung, Eskalation und Deeskalation werden als zwei einander ausschließende Prozesse betrachtet, zwischen denen es nur ein Entweder-Oder gab. Überdies konzentrieren sich die meisten Darstellungen auf die deutsch-englischen Beziehungen. Schon die deutsch-französischen Verhandlungen 1913 und 1914 werden kaum noch, der deutsche Versuch, die internationale Finanzkommission in Paris für die deutsch-französische Annäherung zu nutzen, fast überhaupt nicht mehr erwähnt. Und das, obwohl ihnen ähnlich wie den deutsch-englischen Verhandlungen in der „Großen Politik der Europäischen Mächte“ ein eigenes Kapitel gewidmet ist.¹⁸ Erst relativ spät wurde beides als Thema von Spezialuntersuchungen entdeckt.¹⁹ Vollends aus dem Blick geraten die österreichisch-russischen Beziehungen nach der zweiten Marokkokrise, obwohl der Frage einer österreichisch-russischen Annäherung im ersten Halbjahr 1912 und Mitte 1913 in allen Regierungen erhebliche Aufmerksamkeit geschenkt wurde.²⁰ Für die Forschung ist Entspannung vor 1914 auf diese Weise höchstens ein Problem von Einzelfällen, gewinnt aber keine grundsätzliche Relevanz für das System der internationalen Beziehungen dieser Zeit.

Gründe für solche Lücken lassen sich in methodischen Entscheidungen finden: Es gab offenbar weder aus ereignisgeschichtlicher noch aus strukturhistorischer Perspektive besonderen Anlaß, über Entspannung vor 1914 intensiv nachzudenken. Ent-

¹⁷ So, obwohl er die Entspannungstendenzen vor 1914 relativ stark macht, unter der älteren Literatur: Taylor, A. J. P.: *The Struggle for Mastery in Europe, 1848–1918*. Oxford u. New York 1954 u.ö., u. a. S. 518 ff.; vgl. Albertini, Luigi: *The Origins of the War of 1914*. 3 Bde. London u. a. 1952–1957, Bd. 1, S. 540; Lee, Dwight E.: *Europe's Crucial Years. The Diplomatic Background of World War I, 1902–1914*. Hanover, N.H., 1974, S. 336 u. S. 354 f. Außerdem: Mommsen, Wolfgang J.: *Großmachtstellung und Weltpolitik. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914*. Frankfurt/M. 1993, S. 245. Für die ungezählten anderen, die hier nicht erwähnt werden können: Hildebrand, Klaus: *Das vergangene Reich*. Stuttgart 1995, S. 292: „Die allgemeine Lage blieb ernst, ungeachtet der Erfolge deutsch-britischen Krisenmanagements.“ Das Kapitel, in dem sich die zitierte Stelle findet, trägt den Titel „Détente oder Krieg.“ Lediglich erwähnt wird Entspannung z. B. bei: Berghahn, Volker R.: *Sarajewo, 28. Juni 1914. Der Untergang des alten Europa*. München 1997, z. B. S. 80; Chamberlain, Muriel E.: „Pax Britannica“? *British Foreign Policy 1789–1914*. London u. New York 1993.

¹⁸ *Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes*, hg. von Johannes Lepsius u. a. 40 Bde. in 54. Berlin 1922–1927. Bd. 37/II, Kap. 86 u. 88. (In Zukunft: GP Bd., Nr.) Vgl. die Einschätzung Keith Neilsons, „that Anglo-German relations have been given greater emphasis for the period before 1914 than they deserve.“ Ders.: *Britain and the Last Tsar. British Policy and Russia 1894–1917*. Oxford 1995, S. XI.

¹⁹ Keiger, John: Jules Cambon and the Franco-German Détente, 1907–1914. In: HJ 26 (1983), S. 640–659; Löhr, Hanns Christian: Für den König von Preußen arbeiten? Die deutsch-französischen Beziehungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs. In: *Francia* 23 (1996), S. 141–154; Wilsberg, Klaus: „Terrible ami – aimable ennemi“. Kooperation und Konflikt in den deutsch-französischen Beziehungen 1911–1914. Bonn 1998.

²⁰ So ist in *Bridges* Darstellung der österreichischen Außenpolitik von 1989 die auf die Folgen der Bosnischen Annexionskrise von 1908/09 bezogene Behauptung, daß Österreich-Ungarn und Rußland nicht mehr „imstande“ gewesen seien, „die immer gefährlichere Lage im Orient auch nur zu besprechen“, das letzte Wort. Bridge, Francis Roy: Österreich(-Ungarn) unter den Großmächten. In: Wandruszka, Adam u. Urbanitsch, Peter (Hg.): *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*. Bd. VI/1. Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen. Wien 1989, S. 196–373, hier S. 323.

spannung hat den Weltkrieg nicht verhindert, und auf der Suche nach „primären, [...] bleibenden“²¹ Verhältnissen, die die Außenpolitik bedingten, hat man nicht unbedingt bei einem Phänomen begonnen, das schlicht „quer“²² zur herrschenden Tendenz der Blockbildung oder auch zur Aufrüstung zu liegen schien.²³

An eine Reihe von Interpretationen der internationalen Beziehungen vor 1914 kann die Arbeit freilich auch anknüpfen. So ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß man sich das europäische System vor dem Ersten Weltkrieg trotz aller Tendenz zur Bipolarität nicht zu starr vorstellen sollte. Zumindest den Beteiligten schienen „wichtige Allianzen nicht so fest, [...] wie den Historikern es im nachhinein vorkommt.“²⁴ Daraus ergibt sich die Frage, wie diese begrenzte Rigidität²⁵ der Vertragssysteme mit dem Trend zur Blockkonfrontation zu vereinbaren ist beziehungsweise welche Konsequenzen sich aus dieser doppelten Beschaffenheit des internationalen Systems ergaben. Entspannung zwischen den Mächten der verschiedenen diplomatischen Gruppen kann dabei wie kein zweites Phänomen die Mechanismen zeigen, die sich aus der Verfestigung der außenpolitischen Lager auf der einen Seite und der weiterhin bestehenden Flexibilität²⁶ auf der anderen Seite ergaben – und ihre Beschreibung so das Verständnis des Systems der internationalen Beziehungen vor 1914 erweitern.

Zwei weitere Interpretationen betreffen die Entspannungsbemühungen vor 1914 unmittelbar. Die erste stammt aus der Zwischenkriegszeit und führt direkt in die Debatte um die Schuld am Krieg, die die Regierungen ja bereits vor dem 1. August mit dem Versuch begannen, als die angegriffene Seite zu erscheinen. Vor allem in der deutschen Memoirenliteratur, aber auch in der historischen Forschung ist Entspannung zu apologetischen Zwecken herangezogen worden, indem man die eigenen Annäherungsbemühungen oder die eigene Annäherungsbereitschaft hervorhob und für das Scheitern dann die andere Seite verantwortlich machte. Auch die Herausgeber der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ haben sich bekanntlich nicht gescheut, mit eigenen Anmerkungen dieses Ziel zu verfolgen.²⁷ Die andere Interpretationslinie

²¹ Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918. Göttingen 1988, S. 185.

²² Hildebrand hat von „immer wieder unternommenen, jeweils quer zu den bestehenden Blöcken verlaufenden Sondierungen“ gesprochen. Ders.: Europäisches Zentrum, S. 86.

²³ Als Hilfsbegriff für Formulierungen wie „Entspannung über Blockgrenzen hinweg“ o.ä. wird in der Arbeit der Terminus „transpolare“ Beziehungen benutzt.

²⁴ Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 2. Machtstaat vor der Demokratie. München 1992, S. 697; vgl. Lindemann, Thomas: Die Macht der Perzeptionen und Perzeptionen von Mächten. Berlin 2000, S. 296. Schöllgen, Gregor: Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart. München 1992, S. 67 hat darauf hingewiesen, daß es neben „zunehmende[n] Spannungen“ durchaus „ernstzunehmende Bemühungen um eine ‚weltpolitische‘ Entspannung“ gegeben habe.

²⁵ Dazu: Lindemann: Die Macht der Perzeptionen, S. 296.

²⁶ Rainer Lahme spricht von Systemzwang bzw. Flexibilität. Lahme, Rainer: Die Entwicklung des Zweibundes von Caprivi bis Bethmann Hollweg. In: Rumpler, Helmut u. Niederkorn, Jan Paul (Hg.): Der „Zweibund“ 1879. Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis und die europäische Diplomatie. Historikergespräch Österreich – Bundesrepublik Deutschland 1994. Wien 1996, S. 195–220.

²⁷ Z.B. GP 38, Nr. 15425, Anm. *, S. 181; vgl. zu dieser Strategie auch: Schoen, Frhr. v.: Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit. Stuttgart und Berlin 1921, S. 154 f. u. 159; Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege. 2 Bde. Berlin 1919/20, Bd. 1, S. 36 f., 41 u. 57.

bezieht sich auf die Hoffnung der Akteure von 1914, der Krieg könne mit den Mechanismen, die in den Balkankriegen einen Konflikt zwischen den Großmächten verhindert hatten, oder mit der in den bilateralen Beziehungen erreichten Détente auch in Zukunft vermieden werden.²⁸ Und die Frage, wie es möglich war, daß die Politiker und Diplomaten trotz der von ihnen erkannten Kriegsgefahr weiterhin auf die Wiederholbarkeit vergangenen Krisenmanagements vertrauten, wird auch diese Untersuchung beschäftigen müssen.

Arbeiten, die sich ausführlicher mit Entspannung vor 1914 befassen, haben zudem deutlich werden lassen, daß ein Schlüssel zum Verständnis von Détente in dieser Phase der internationalen Beziehungen in Dreiecksbeziehungen zu suchen ist. Bilaterale Annäherung stand in enger Wechselwirkung mit der Entwicklung innerhalb der bestehenden Allianz- und Ententesysteme.²⁹ Das ist vor allem auch ein Ergebnis der zahlreichen Studien zu den deutsch-englischen Beziehungen, die den Verständigungsbemühungen zwischen beiden Staaten vor dem Ersten Weltkrieg jeweils erhebliches Gewicht einräumen.³⁰ Die Frage, inwieweit Entspannung Einfluß auf die Binnenbeziehungen der diplomatischen Lager genommen hat, ist dabei vor allem an die Tripelentente gerichtet worden. Sie wird aber ganz grundsätzlich zu stellen sein und damit auch den Zweibund einbeziehen müssen, dessen keineswegs geradlinige Entwicklung vor 1914 in letzter Zeit immer wieder Gegenstand der Forschung geworden ist.³¹

Vor allem um die deutsch-englischen Beziehungen ist zudem die Diskussion um die – hypothetische – Frage geführt worden, ob durchgreifende Entspannung vor 1914 überhaupt eine Realisierungschance hatte. Richard Cramptons Formulierung von der „hollow détente“ hat dabei nicht nur Zustimmung gefunden.³² Wie dem auch

²⁸ Ekstein, Michael: Some Notes on Sir Edward Grey's Policy in July 1914. In: HJ 15 (1972), S. 321–324; Geiss, Imanuel: Der lange Weg in die Katastrophe. Die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs 1815–1914. München u. Zürich 1990, S. 276; St  rmer, Michael: Das ruhelose Reich, Deutschland 1866–1918. Berlin ³1990, S. 367.

²⁹ Steiner, Zara S.: Britain and the Origins of the First World War. London 1977, v.a. Kap. 5 u. 6., S. 94–127; Wormer, Klaus: Großbritannien, Rußland und Deutschland. Studien zur britischen Weltreichpolitik am Vorabend des Ersten Weltkriegs. München 1980. Auch schon: Hauser, Oswald: Deutschland und der englisch-russische Gegensatz, 1900–1914. Göttingen 1958.

³⁰ V.a.: Henning, Hansjoachim: Deutschlands Verhältnis zu England in Bethmann Hollwegs Außenpolitik 1909–1914. Diss. Köln 1962; Crampton, Richard J.: The Hollow Detente. Anglo-German-Relations in the Balkans, 1911–1914. London 1979; Kennedy, Paul M.: The Rise of the Anglo-German Antagonism 1860–1914. London 1980; Schöllgen, Gregor: Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871–1914. München ³2000; Massie, Robert K.: Die Schalen des Zorns. Großbritannien, Deutschland und das Heranwachsende des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M. 1993.

³¹ V.a. Rumpler u. Niederkorn (Hg.): Der „Zweibund“; Sk  rivan, Ale  : Schwierige Partner. Deutschland und Österreich-Ungarn in der europäischen Politik der Jahre 1906–1914; Angelow, Jürgen: Kalkül und Prestige. Der Zweibund am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Köln u. a. 2000.

³² Wie Crampton pessimistisch: Kennedy: The Rise, u. a. S. 452; Willequet, Jacques: Anglo-German Rivalry in Belgian and Portuguese Africa? In: Gifford, Prosser u. Louis, Wm. Roger (Hg.): Britain and Germany in Africa. Imperial Rivalry and Colonial Rule. New Haven 1967, S. 245–273. „Optimistischer“: Henning: Deutschlands Verhältnis zu England, u. a. S. 196; Schöllgen, Gregor: Richard von Kühlmann und das deutsch-englische Verhältnis 1912–1914.

sei, mit solchen Fragen gerät die Geschichte der Entspannung in den internationalen Beziehungen vor 1914 in den Bereich des Kontrafaktischen. Ihr Reiz läge dann im Verfolgen von fehlgeschlagenen Alternativen und im Bewahren beziehungsweise Auffinden bemerkenswerter, aber abgebrochener Linien.³³ Tatsächlich ist dieser Weg gewählt worden. Gerhard Keiper hat eine Arbeit über die Verständigungsbemühungen Oscar Freiherr von Lancken-Wakenitz', der sich als Botschaftsrat in Paris um deutsch-französische Entspannung bemühte, vorgelegt und damit begründet, daß jede Epoche „in ihrer Realität vielfältige Möglichkeiten ihrer weiteren Entwicklung“ berge und man auch den scheinbaren Nebenlinien nachgehen müsse.³⁴ Jost Dülffer hat unter dem Blickwinkel, „how things *not* happen in reality“, ³⁵ über die Vorbereitungen zur für 1915 geplanten dritten Haager Konferenz, über Aspekte der Friedensbewegung und über das multilaterale Krisenmanagement im Zeichen des europäischen Konzerts vor 1914 berichtet.

Die vorliegende Arbeit geht ausdrücklich nicht diesen Weg. Als Beitrag zur Geschichte der internationalen Beziehungen betrachtet sie Entspannung nicht von vornherein als das Gegenläufige, sondern als integralen Teil des Systems der Mächte vor 1914. Sie begreift Entspannung außerdem als Gesamtphänomen, das sich nicht in isolierten Einzelbeispielen etwa bestimmter bilateraler Beziehungen erschöpft. Auf diese Weise soll versucht werden, Entspannung ihren Platz in der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs zuzuweisen. Denn offenbar stand für ein Ereignis wie das des Saluts für den französischen Ministerpräsidenten ein Deutungsrahmen zur Verfügung, der es erlaubte, solchen Begebenheiten eine Bedeutung als Entspannungssignal zuzuweisen, die weit über das vermeintlich tatsächlich Geschehene hinausreichte. Die Relevanz der Fragestellung ergibt sich dabei vor allem aus drei Überlegungen:

Gegen eine Vernachlässigung der deeskalierenden Momente vor 1914 spricht *erstens* deren Umfang. Wer die zeitgenössische Presse liest oder die Aktenpublikationen aus den Außenministerien aufschlägt, stößt – wie zu Beginn angedeutet – ständig auf Spekulationen über Annäherungen zwischen den diplomatischen Lagern, wobei vor allem immer wieder die Bereitschaft verblüfft, scheinbar nebensächliche, unscheinbare Symptome als Entspannungssignal zu deuten. Nicht alle Beobachter gingen freilich so weit wie der politische Korrespondent der „liberal-konservativen“³⁶ „Preussischen Jahrbücher“, Emil Daniels, der im Frühjahr 1914 gar von einer „gegenwärtigen Aera der Entspannung“ sprach.³⁷

Zur Bedeutung der Peripherie in der europäischen Vorkriegspolitik. In: HZ 230 (1980), S. 293–337, u. a. S. 333.

³³ Zum Kontrafaktischen: Burg, Peter: Kontrafaktische Urteile in der Geschichtswissenschaft. Formen und Inhalte. In: Archiv für Kulturgeschichte 79 (1997), S. 211–227; Ferguson, Niall (Hg.): Virtual History: Alternatives and Counterfactuals. London 1997, Einleitung des Herausgebers, S. 1–90.

³⁴ Keiper, Gerhard: Biographische Studien zu den Verständigungsversuchen zwischen Deutschland und Frankreich am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/M. u. a. 1997.

³⁵ Dülffer, Jost: Efforts to Reform the International System and Peace Movements before 1914. In: Peace and Change 14 (1989), S. 25–45. (Hervorhebungen in Zitaten folgen immer dem Original.)

³⁶ Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. Bd. 1. Arbeitswelt und Bürgergeist. München 1991, S. 810.

³⁷ Daniels, Emil: Rußland – Die Republik Nordepirus – Die innere Lage der Westmächte. In: Preussische Jahrbücher 156 (April-Juni 1914), S. 167–184, hier S. 179.

Gegen eine Vernachlässigung von Détente bei der Untersuchung der letzten Jahre vor dem Ersten Weltkrieg spricht *zweitens*, daß auch aus den Entspannungsbemühungen und vor allem aus deren Problemen Rückschlüsse auf die Ursachen des Konflikts von 1914 zu erwarten sind. Hier ergeben sich Berührungspunkte zu dem Konzept, das einer von Jost Dülffer, Martin Kröger und Rolf-Harald Wippich vorgelegten Sammlung von Fallstudien zum Konfliktverlauf bestimmter Krisen zwischen 1859 und 1913/14 zugrunde liegt: „Krisenverhalten, zumal Kriegsvermeidung, vermag also über den Zustand des Staatensystems, über seine Funktionsweisen, über seine Entwicklungsmöglichkeiten, über das Verhalten seiner Akteure untereinander wichtige Aussagen zu machen“.³⁸

Gegen eine Vernachlässigung des Phänomens von Entspannung spricht *schließlich*, daß für die Zeitgenossen die Relevanz deeskalierender Faktoren noch nicht durch den Ersten Weltkrieg verdeckt war, die vielbeschworene Offenheit der Zukunft³⁹ also, die für die Entscheidungsträger angenommen werden muß. Das mag auf den ersten Blick selbstverständlich, ja trivial klingen. Wenn man allerdings davon ausgeht, daß Vorstellungen und Bilder der beteiligten Politiker und die daraus hervorgehenden Zukunftserwartungen Einfluß auf die Entscheidungen in der Julikrise ausübten, muß die ganze Bandbreite der in den Jahren vor 1914 wahrgenommenen Tendenzen der europäischen Politik einbezogen und ihre Bedeutung untersucht werden.

Die Frage nach der Rolle von Entspannung in den Jahren vor 1914 ist von der Art des methodischen Zugangs nicht zu trennen. Methode und Sache, das wird im Verlauf der Arbeit hoffentlich deutlich werden, bedingen einander. Hier soll der Hinweis genügen, daß Entspannung innerhalb der Untersuchung als eine spezifische Praxis der internationalen Beziehungen von 1911 bis 1914 verstanden wird.⁴⁰ Dieser Praxis von Entspannung lagen bestimmte Ziele und Strategien zugrunde, zugleich aber hat sie auch ihrerseits zeitgenössische Erwartungen und Szenarien ausgelöst. Der Begriff der Praxis umschließt also sowohl die „technische“ Seite – die Methoden, die benutzt wurden, und die tradierten Regeln und Formeln, an die sich die Diplomaten hielten –

³⁸ Dülffer, Jost u. a.: Vermiedene Kriege. Deeskalation von Konflikten der Großmächte zwischen Krimkrieg und Erstem Weltkrieg 1856–1914. München 1997, S. 6. Vgl. auch eine Formulierung C.J. Bartletts: „The maintenance of ‚peace‘ for so many years raises interesting questions concerning the character of international statecraft and diplomacy in this era [1871–1914, F.K.]. It may be that by examining why war was avoided for so long some insights can be acquired into why war broke out in 1914.“ Ders.: Peace, War and the European Powers 1814–1914. Basingstoke u. London 1996, S. 94.

³⁹ Z.B. Dülffer u. a.: Vermiedene Kriege, S. 7.

⁴⁰ Insofern unterscheidet sich der Ansatz von dem, den Ute Mehner gewährt hat, die ebenfalls ein bestimmtes „Phänomen“ in den internationalen Beziehungen vor 1914 untersucht hat. Entspannung beschränkt sich nicht auf die Bedeutung eines bestimmten Stereotyps für die internationalen Beziehungen, wie es etwa die Vorstellung der „gelben Gefahr“ darstellt, die Mehner beschrieben hat. Entspannung ist auch nicht völkerrechtlich kodifiziert, wie das etwa bestimmte Vertragstypen sind. Der hier verfolgte Ansatz muß sich deshalb auch von der Methode Rolf Ahmanns unterscheiden, der die Nichtangriffspakte der Zwischenkriegszeit – also in einer Phase des modernen Völkerrechts – mit einer Verbindung aus völkerrechtlicher Analyse und Fallstudien untersucht hat. Ahmann, Rolf: Nichtangriffspakte: Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922–1939. Baden-Baden 1988; Mehner, Ute: Deutschland, Amerika und die „gelbe Gefahr“: Zur Karriere eines Schlagworts in der großen Politik 1905–1917. Stuttgart 1995.

als auch deren Deutungen beziehungsweise den Ausbau solcher Regeln, Formeln und Verhaltensweisen zu einem bedeutungshaften Regelsystem innerhalb der internationalen Beziehungen der Zeit. Die Leistung des Begriffs der „Praxis“⁴¹ besteht darin, daß er das historische Ereignis als Resultat eines Zusammenspiels von subjektiven und überindividuellen Momenten begreift. Das Ergebnis läßt sich also weder aus den Strategien der Akteure noch aus spezifischen Bedingungen ableiten, es entsteht vielmehr im Zusammentreffen von bestimmten vorfindlichen Situationen und deren Wahrnehmungen. Wer die Rolle von Détente in den internationalen Beziehungen zwischen 1911 und 1914 beschreiben möchte, muß also ganz wesentlich nach der Entwicklung der Bedeutungen fragen, die Entspannung annehmen konnte.⁴²

Begrifflich haben wir bisher eher unterschiedslos von „Entspannung“, „Annäherung“, „Deeskalation“ oder „Détente“ gesprochen. Hier ist Präzisierung notwendig.⁴³ Die Untersuchung geht vom historischen Sprachgebrauch aus. „Entspannung“ oder synonym „Détente“ waren als Begriffe in den internationalen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg völlig gebräuchlich. Zum Wortfeld gehörten ebenso „rapprochement“, „improvement“, „Besserung der Beziehungen“, „better understanding“ und anderes mehr. Nicht jede dieser Bezeichnungen war im diplomatischen, geschweige denn im allgemeinen Sprachgebrauch so eindeutig festgelegt, wie es Gordon Craig und Alexander George zum Beispiel für „détente“, „rapprochement“ und „entente“ vermutet haben.⁴⁴ Rapprochement konnte durchaus synonym zu Détente gebraucht werden.⁴⁵ Auch „understanding“ – um in der englischen Diplomatie zu bleiben – wurde als Bezeichnung für den Stand bilateraler Beziehungen ausgesprochen variabel eingesetzt. Die Bedeutung reichte, manchmal als „better understanding“ gekennzeichnet, von einer ersten Annäherung bis zu einer weitgehenden und dauerhaften Kooperation zwischen Mächten, was dann oft, aber nicht immer, als „close understanding“ präzisiert werden konnte.⁴⁶ Viele dieser Begriffe fanden Anwendung sowohl auf bestimmte diplomatische Beziehungen in regional oder thema-

⁴¹ Wie ihn zum Beispiel Pierre Bourdieu auch mit Blick auf die Geschichtsschreibung entworfen hat. Ders.: *Der Tote packt den Lebenden*. In: Ders.: *Der Tote packt den Lebenden*. Schriften zu Politik & Kultur 2. Hamburg 1997, S. 18–58 (zuerst 1980 unter dem Titel: *Le mort saisit le vif*).

⁴² In dieser Hinsicht orientiert sich die Arbeit an Konzepten, die aus dem Umkreis der „neuen Kulturgeschichte“ stammen. Neben dem Begriff der „Praxis“ ist der Begriff der „Bedeutung“ hier zu nennen. Vgl. Daniel, Ute: *Clio unter Kulturschock*. Zu den aktuellen Debatten der Geschichtswissenschaft. Teil I. In: *GWU* 48 (1997), S. 195–218, v.a. S. 100–104. Der Gedanke, eine bestimmte vorfindliche Theorie umsetzen zu wollen, liegt der Arbeit allerdings fern. Auch hier hält sie es mit Bourdieu, der die „wissenschaftliche Theorie“ als ein Programm begreift, „das sich nur [!] aus der empirischen Arbeit, in der es realisiert wird, erschließt.“ Ders.: *Zur Genese der Begriffe Habitus und Feld*. In: Ders.: *Der Tote packt den Lebenden*, S. 59–78, v.a. S. 59 ff.

⁴³ In der historischen Forschung ist bisher kein Spannungsbegriff für die Zeit vor 1914 entwickelt worden. Weitgehend der politologischen Diskussion verpflichtet ist die Begriffsklärung von Détente für die Zeit vor 1914 bei: Craig, Gordon A. u. George, Alexander L.: *Zwischen Krieg und Frieden. Konfliktlösung in Geschichte und Gegenwart*. München 1988, S. 318–327.

⁴⁴ Ebd., S. 320 f.

⁴⁵ So wurden beide Begriffe etwa in unmittelbarer zeitlicher Nachbarschaft und aufgrund derselben Informationen Anfang 1912 von englischen Diplomaten auf die österreichisch-russischen Beziehungen angewandt. S. u. Kap. III. 1.

⁴⁶ In die Skala könnten außerdem „good“, „cordial“ und „general understanding“ eingeordnet werden.

tisch abgegrenzten Räumen als auch, wenn es darum ging, das Verhältnis zweier oder mehrerer Staaten auf der Ebene des europäischen Systems zu bestimmen. Je nach Kontext wechselte so die Bedeutung.

Darf man die Konsistenz der diplomatischen Sprache in diesen Punkten also nicht überschätzen, sind in bestimmten Bereichen doch klare Abgrenzungen möglich. Für „Détente“ beziehungsweise auch die deutsche Übersetzung „Entspannung“ gilt, daß sie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg auf der Großmachtebene auf Beziehungen von Staaten angewandt wurden, die verschiedenen diplomatischen Lagern angehörten, die also keine Abkommen von größerer politischer Bedeutung verband. „Entspannung“ konnte es zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich, zwischen Österreich-Ungarn und Rußland geben, nicht zwischen Großbritannien und Rußland, obwohl deren Beziehungen ja keineswegs unproblematisch waren und es nach 1907 durchaus Phasen der Spannung gab. Jenseits von bilateralen Beziehungen meinte Entspannung im allgemeinen Sinn auf der Großmachtebene den Stand der Beziehungen der beiden Blöcke zueinander.

Und noch etwas ist am Begriff wichtig: Entspannung bezeichnet vor 1914 einen Prozeß, der längerfristige Auswirkungen auf bestimmte zwischenstaatliche Beziehungen nach sich ziehen kann. Von Krisenmanagement unterscheidet sich Entspannung in diesem Sinne dadurch, daß sie über die konkrete Problemlage im außenpolitischen Tagesgeschäft hinausreicht. Aber natürlich können Krisenmanagement und Détente in Wechselwirkung miteinander treten.⁴⁷

Dies ist ein Buch über Diplomaten beziehungsweise verantwortliche Politiker. Insofern knüpfe ich an die klassische Diplomatiegeschichte an.⁴⁸ Zum Beispiel die Ausführungen über die zeitgenössische Begriffsverwendung und den Praxisbegriff haben aber zugleich deutlich gemacht, wie wichtig es ist, genau hinzuschauen und die Arbeit einer exakten und detailgenauen Rekonstruktion der Entspannungspraxis zu leisten. Auch die Sprache, die Verhaltensweisen und vor allem die Deutungsmuster der außenpolitischen Entscheidungseliten müssen untersucht werden. Noch einmal: Die „Ereignisse“, die zwischen 1911 und 1914 unter Entspannung zu subsumieren sind, haben den Weltkrieg bekanntlich nicht verhindert, insofern ist ihre Rolle ereignishistorisch nicht angemessen zu erfassen. Will man dem Phänomen von Entspannung zwischen 1911 und 1914 gerecht werden, muß deshalb – das war und ist die Arbeitshypothese dieses Buches – auf Bedeutungszuschreibungen und Interpretationen geachtet werden, die bestimmten und manchmal dann eben nur aus heutiger Perspektive nebensächlichen Vorgängen Gewicht verliehen. Diese Studie geht in freier Anlehnung an aktuelle kulturhistorische Überlegungen⁴⁹ den Weg einer solchen genauen

⁴⁷ An diesem Punkt unterscheiden sich die Ansätze dieser Studie von denen, die in „Vermiedene Kriege“ verfolgt werden, wo es um momentane Deeskalation geht. Dülffer u. a.: Vermiedene Kriege. Zur Begriffsbestimmung von „Détente“ vor 1914 in diesem Sinne: Craig u. George: Zwischen Krieg und Frieden, S. 320 ff.

⁴⁸ Daß man Diplomatiegeschichte wieder sagen darf, verdanken wir Osterhammel, Jürgen: Internationale Geschichte, Globalisierung und die Pluralität der Kulturen. In: Loth, Wilfried u. Osterhammel, Jürgen (Hg.): Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten. München 2000, S. 387–408, v. a. S. 398 ff.

⁴⁹ Vgl. Osterhammels freilich mit Blick auf einen etwas anderen Kulturbegriff aufgestellte Forderung nach einer Erneuerung der Disziplin ohne allzu modische Allüren. Ebd., S. 398.

Untersuchung, die die Ereignishaftigkeit bestimmter Phänomene nicht zuletzt durch die zeitgenössischen Wahrnehmungen bestimmt sieht.⁵⁰ Sie wählt dabei, wie gesagt, die Perspektive der offiziellen Außenpolitik.

Trotz des oft beschriebenen „Politikverlusts“, der vor allem im zunehmenden Einfluß der öffentlichen Meinung gründete,⁵¹ ist die Diplomatie im beginnenden 20. Jahrhundert weiterhin der Ort, an dem Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden. Nicht weniger wichtig: Im Prozeß des permanenten Austauschs von Briefen, Telegrammen und Berichten wird hier ein Deutungshorizont geschaffen, auf dessen Grundlage dann eben auch Entscheidungen fallen. Dabei ist nicht davon auszugehen, daß diese Deutungshorizonte dem heutigen Leser unmittelbar zugänglich sind. Sie müssen zum Teil entschlüsselt werden. Gleiches gilt für öffentliche Reden in den internationalen Beziehungen vor dem Ersten Weltkrieg oder Kommuniqués, die etwa nach Gipfeltreffen publiziert wurden. Sie sind bisher kaum von der historischen Forschung herangezogen worden, für die professionellen Beobachter in den Außenministerien waren die formelhaften Ausführungen, die man dort lesen konnte, aber von großer Aussagekraft. Unter den methodischen Voraussetzungen dieser Arbeit können sie so zu einer wichtigen Quelle werden. Bestimmte Abweichungen von früheren oder anderen Verlautbarungen wurden von Fall zu Fall weitreichend interpretiert und zum Beispiel als Spannungssymptom oder als „Avance“ verstanden. Darüber hinaus lassen sich aus den Quellen der offiziellen Politik aber auch bestimmte Dispositionen ablesen, zum Beispiel – und für unsere Untersuchung wichtig – die Einstellungen der außenpolitischen Entscheidungseliten zum Problem von Krieg und Frieden; oder es lassen sich historische Bilder finden, die etwa zum Komplex von Entspannung bereitlagen und bei dessen Bewertung eine Rolle spielten. Die klassischen Quellen der Geschichte der internationalen Beziehungen scheinen mir vor diesem Hintergrund noch keineswegs ausgeschöpft. Sie werden, soweit sie diesem Buch zugrunde liegen, in vielen Bereichen unter den skizzierten methodischen wie thematischen Aspekten neu gelesen.⁵²

Die Arbeit konzentriert sich auf die Außenpolitik Deutschlands, Großbritanniens und Österreich-Ungarns. Die Beschränkung auf drei Länder geschieht – wer wollte das bestreiten – auch aus Gründen der Arbeitsökonomie. Die Phase unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg ist nicht nur durch eine nur schwer zu überblickende Dichte an diplomatischen Aktionen gekennzeichnet, es gibt darüber hinaus wohl kaum einen

⁵⁰ Der Name Bourdieu ist schon gefallen, da darf Clifford Geertz nicht fehlen: Natürlich kann man hier an sein Konzept der „dichten Beschreibung“ denken. Geertz: *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*. Frankfurt/M. 41995. Im unmittelbaren methodischen Kontext der Geschichte der internationalen Beziehungen ergeben sich vor allem zur Arbeit von Johannes Paulmann zahlreiche Berührungspunkte: Ders.: *Pomp und Politik. Monarchenbegegnungen in Europa zwischen Ancien Régime und Erstem Weltkrieg*. Paderborn u. a. 2000. Dort liegt der Schwerpunkt allerdings stärker als bei mir auf dem symbolischen Handeln bzw. rücken Analyse und Beschreibung weiter auseinander als in meiner Arbeit.

⁵¹ Dazu z. B. Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1871–1918*. München 21994, S. 41 ff.

⁵² Duchhardts in etwas anderem Zusammenhang gestellte Diagnose trifft auch für meinen Kontext zu: „Die diplomatischen Berichte sind im übrigen, über ihren materiellen Aussagegehalt hinaus, eine noch kaum genutzte Quelle für Fremderfahrungen und für das ‚Bild vom Anderen‘, für nationale Stereotypen und Klischees.“ Duchhardt, Heinz: *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785*. Paderborn u. a. 1997, S. 35.

Zeitraum der Geschichte der internationalen Beziehungen, der so intensiv erforscht wurde wie die Jahre unmittelbar vor 1914. Da durfte bereits die vergleichende Untersuchung von drei Ländern – selbst für einen relativ kurzen Zeitraum – als schwierig gelten, zumal die Forschung längst zum Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik, Aufrüstung und Mentalitäten und weiteren Aspekten vorgedrungen ist. Das Deutsche Reich, Großbritannien und Österreich-Ungarn wurden als Gegenstand ausgewählt, weil so gewährleistet werden konnte, daß alle denkbaren bilateralen Beziehungen zwischen den fünf dominierenden Großmächten erfaßt wurden.⁵³ Wären Deutschland, Frankreich und Großbritannien gewählt worden, wäre dies nicht möglich gewesen. Die sehr wichtigen und aufschlußreichen österreichisch-russischen Beziehungen etwa wären außen vor geblieben.⁵⁴

Die dreifache Perspektive ist bereits durch die Bedeutung von Dreiecksbeziehungen für die Untersuchung von Détente gefordert. Sie bietet zudem die Chance zum Vergleich und begründet erst die Möglichkeit, eine für die internationalen Beziehungen spezifische Entspannungspraxis zu beschreiben und in die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs einzuordnen. Darüber hinaus kann die eingehende und gleichgewichtige Untersuchung von drei verschiedenen Regierungen auch vor Einseitigkeiten schützen, die sich aus der Betrachtung nur einer nationalen Außenpolitik fast zwangsläufig ergeben.⁵⁵ Die dreifache Perspektive schafft aber auch Probleme. Vor allem müssen die Unterschiede bei der Politikformulierung, der Rolle der Öffentlich-

⁵³ Sieht man einmal von den Außenbeziehungen Italiens ab, das allerdings in den Augen der anderen im Konzert der Mächte eine mindere Rolle spielte und in die strategischen Planungen nicht in dem Maße einbezogen wurde wie die anderen fünf. Zudem war die italienische Haltung im Falle eines Krieges stets unsicher. So z.B.: Bericht Thurn aus St. Petersburg, 17. Februar 1912, HHStA/P.A. X/138. Vgl. auch Ropponen, Risto: Italien als Verbündeter. Die Einstellungen der politischen und militärischen Führung Deutschlands und Österreich-Ungarns zu Italien von der Niederlage von Adua 1896 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914. Helsinki 1986, z.B. S. 104; Fellner, Fritz: Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem Ersten Weltkrieg. In: Ders.: Vom Dreibund zum Völkerbund. Studien zur Geschichte der internationalen Beziehungen 1882–1919. München 1994 (zuerst Wien 1960), S. 19–82, z.B. S. 76. Sehr differenziert zu dieser Frage außerdem: Afflerbach, Holger: Der Dreibund als Instrument der Europäischen Friedenssicherung vor 1914. In: Rumpler u. Niederkorn (Hg.): Der „Zweibund“, S. 87–118.

⁵⁴ Die Beschränkung bedeutet aber nicht, daß die französische oder die russische Politik keine Rolle spielten, im Gegenteil, sie werden natürlich an den jeweiligen Stellen einzubeziehen sein.

⁵⁵ So ist etwa auch die äußerst detaillierte und präzise Analyse der deutschen und vor allem der Kiderlenschen Politik von Ralf Forsbach nicht frei von Fehleinschätzungen, wenn es um die Politik der anderen Mächte geht. Zum Beispiel behauptet Forsbach, Leopold Graf Berchtold habe die Friedensinitiative Sazonows im Vorfeld des ersten Balkankrieges im Gegensatz zu Kiderlen begrüßt. Forsbach, Ralf: Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich. 2 Teilbände. Göttingen 1997. Bd. 2, S. 697. Der Nachlaß Berchtolds beweist – wie zu zeigen sein wird – das Gegenteil. Die Reihe solcher Fehleinschätzungen von Autoren, die sich auf ein Land konzentrieren, ließe sich mühelos fortsetzen. Und schon gegen Fritz Fischer ist ja – mit Recht – immer wieder dieser Einwand erhoben worden. Zum Beispiel hat Fritz Fischer seine Thesen wiederholt mit Überlegungen der deutschen Führung, im Kriegsfall unbedingt als angegriffene Partei erscheinen zu müssen, belegt. (Zuletzt: Ders.: Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In: Schöllgen, Gregor [Hg.]: Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland. Darmstadt 1991, S. 25–67.) Analoge Erwägungen finden sich allerdings ebenso in der britischen Regierung, etwa während der zweiten Marokkokrise.

keit oder des Militärs berücksichtigt werden. Der österreichisch-ungarische Außenminister Leopold Graf Berchtold zum Beispiel sah sich zwischen Kaiser Franz Joseph, dem Thronfolger mit dessen „Nebenregierung“ im Belvedere und der ungarischen Regierung vielerlei gegensätzlichen Einflüssen ausgesetzt. Kurz nach seinem Amtsantritt klagte er in einem Privatbrief an den österreichischen Botschafter in London, Graf Mensdorff, über die spezifischen Schwierigkeiten seines Amtes: „Dabei wird alles durch die Gegensätze Wien-Budapest + Schönbrunn-Belvedere noch buntscheckiger + gehört viel Selbstverleugnung dazu zwischen diesen verschiedenen Einflüssen nur der Stimme des Pflichtbewußtseins zu folgen ohne Rücksicht auf die eventuelle Misstimmungen + Rancunen.“⁵⁶ Neben solchen grundsätzlichen Bedingungen in den einzelnen Ländern muß die jeweils spezifische Entscheidungsstruktur in den Außenministerien einbezogen werden. In Wien wäre das die oft betonte Schwäche Leopold Berchtolds, in deren Folge die Spitzenbeamten des Ballhausplatzes über ihre eigentliche Stellung hinausgehenden Einfluß auf das außenpolitische Tagesgeschäft, aber auch auf Grundsatzentscheidungen erhielten. Die Sektionschefs Friedrich Graf Szápáry und Johann Graf Forgách oder zuletzt Rudolf Pogatscher wurden – z.T. bereits zeitgenössisch – als eigentliche Leiter der österreichischen Außenpolitik in den letzten Jahren vor 1914 bezeichnet.⁵⁷ In Großbritannien sind ähnliche Überlegungen in bezug auf die „germanophobe“ Gruppe im Foreign Office um den Unterstaatssekretär Sir Arthur Nicolson angestellt worden.⁵⁸ In Deutschland stellt sich zum Beispiel mehr als in England oder Österreich-Ungarn die Frage, inwieweit der Monarch entscheidenden Einfluß nahm.⁵⁹

Bei allen Unterschieden und Besonderheiten stechen doch auch in den Jahren unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg die Gemeinsamkeiten ins Auge. Ausbildung, Stand und ein im großen und ganzen gemeinsames Wertesystem lassen die außenpolitischen Entscheidungsträger vor 1914 in hohem Maße als homogene Gruppe erscheinen.⁶⁰ Sie erinnerten sich an dieselben historischen Ereignisse und teilten ein exklusives professionelles Bewußtsein. Neben der Grundannahme dieser Arbeit, daß die internationalen Beziehungen als System mit eigenen Regeln und Deutungszusammenhängen begriffen werden können, garantiert diese Homogenität, daß „Entspan-

⁵⁶ Privatbrief Berchtold an Mensdorff, 9. März 1912, HHStA NL Mensdorff, Kt. 9.

⁵⁷ Tagebucheintrag Mensdorffs, 22. Oktober 1913, HHStA NL Mensdorff, Kt. 4. Vgl. Rumpler, Helmut: Die Rechtlich-organisatorischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Außenpolitik der Habsburgermonarchie 1848–1918. In: Wandruszka u. Urbanitsch (Hg.): Die Habsburgermonarchie. Bd. VI/1, S. 1–121, hier S. 85f.

⁵⁸ Steiner: Britain and the Origins of the First World War, S. 171–187.

⁵⁹ Dazu zusammenfassend: Eley, Geoff: Der Blick vom Thron: Das persönliche Regiment Kaiser Wilhelms II. In: Ders.: Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland. Münster 1996, S. 58–79; Röhl, John C.G. (Hg.): Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte. München 1991; Kroll, Frank-Lothar: Wilhelm II. (1888–1918). In: Ders. (Hg.): Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II. München 2000, S. 290–310.

⁶⁰ Zur Diplomatie der drei Länder neben den bereits erwähnten Studien von Rumpler und Steiner: Dies.: The Foreign Office and Foreign Policy 1898–1914. Cambridge 1969; Cecil, Lamar: The German Diplomatic Service, 1871–1914. Princeton 1976; Matsch, Erwin: Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich(-Ungarn) 1720–1920. Wien u. a. 1980; Schmid, Georg: Der Ballhausplatz 1848–1918. In: Österreichische Osthefte. Bd. 23 (1981), S. 18–37.

nung“ als europäisches Phänomen der internationalen Beziehungen untersucht werden kann.⁶¹

Den methodischen Überlegungen und der Fragestellung entsprechend, beruht die Arbeit ganz überwiegend auf der Auswertung der offiziellen Quellen. Das meint an erster Stelle die Aktenpublikationen Deutschlands, Großbritanniens und Österreich-Ungarns, die beginnend mit dem insgesamt 54bändigen deutschen Werk in der Zwischenkriegszeit erschienen.⁶² Wo es notwendig schien, wurden auch die veröffentlichten französischen und russischen Akten herangezogen. Bei der Sichtung des unveröffentlichten Quellenmaterials zur britischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Außenpolitik bestand die Schwierigkeit zum einen darin, vergleichbare Quellenkorpora aufzubauen, zum anderen in der Tatsache, daß bei der spezifischen Entspannungspraxis der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg grundsätzlich alle Gegenstände der internationalen Politik als Anknüpfungspunkt für eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen in Frage kamen, auch China, Mexiko oder das zum Osmanischen Reich gehörende Syrien. Beiden Problemen wurde dadurch begegnet, daß der Schwerpunkt zunächst auf die Korrespondenz mit den Botschaften bei den anderen Großmächten gelegt wurde. Ergaben sich hier über diejenigen aus den veröffentlichten Quellen hinausgehende „Verdachtsmomente“ für Entspannung, wurden weitere Bestände einbezogen. Wäre der umgekehrte Weg beschritten worden, zum Beispiel von den Akten zur orientalischen Frage ausgehend, wäre sicher zusätzliches Material „entdeckt“ worden – allein, wer die Bestände der Außenministerien zur Türkei oder zu den Balkanstaaten kennt, weiß, daß dann diese Arbeit nicht vorläge. Eine unverzichtbare Ergänzung zum diplomatischen Schriftverkehr bilden die Nachlässe der außenpolitischen Akteure. Auch hier wurde Vergleichbarkeit angestrebt. Neben den Nachlässen herausragender Diplomaten wurden die Papiere der für Außenpolitik verantwortlichen beziehungsweise der qua Amt an Außenpolitik beteiligten Politiker herangezogen. Memoiren und Parlamentsprotokolle beziehungsweise Sammlungen von Reden der außenpolitischen Entscheidungsträger runden die Quellenbestände zur offiziellen Politik ab.

⁶¹ Diese Homogenität ist auch für die russische Führungsspitze anzunehmen und selbst für die Situation im republikanischen Frankreich. Die Bedeutung des Quai d'Orsay für die Politikformulierung bis 1914 ist auch dort groß geblieben. Die häufigen Regierungswechsel stärkten die Stellung der Experten im Außenministerium zusätzlich. Dem Politischen Direktor kam viel eher die Rolle eines „chief manager of foreign affairs“ zu als dem jeweiligen Außenminister, der nicht nur häufig wechselte und außenpolitisch unerfahren war, sondern zusätzlich durch seine Parlamentsarbeit in Anspruch genommen wurde. Und auch wenn in Frankreich bis zum Ersten Weltkrieg die Aristokratie als soziale Gruppe im diplomatischen Dienst rapide an Bedeutung verlor und Botschafterposten oft an verdiente Politiker vergeben wurden – dem professionellen Korpsgeist und den überwiegend konservativen Grundanschauungen im Quai d'Orsay tat dies offenbar keinen Abbruch. Vgl. hierzu: Hayne, M. B.: *The French Foreign Office and the Origins of the First World War 1898–1914*. Oxford 1993.

⁶² Neben der schon genannten „Großen Politik“ also: *British Documents on the Origins of the War 1898–1914*. Edited by G.P. Gooch and Harold Temperley. 11 Bde. London 1926–38 (in Zukunft: BD Bd., No.); *Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914*. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern. Ausgewählt von Ludwig Bittner u. a. Bearbeitet von Ludwig Bittner und Hans Uebersberger. 9 Bde. Wien u. Leipzig 1930. (In Zukunft: ÖUA Bd., Nr.)

Dies ist keine Arbeit über die öffentliche Meinung oder die Mentalitäten einer Gesamtbevölkerung. Die Presse wurde nicht systematisch ausgewertet. Über die im Rahmen der Arbeit wichtige Frage, inwieweit und welche Art von Presseberichterstattung die Regierungen in ihre Entscheidungen einbezogen oder in ihr Bild von Entspannung aufnahmen, geben die Aktenbestände eingehend Auskunft. Die Sonderstellung der offiziellen Außenpolitik in den internationalen Beziehungen vor 1914 bringt es mit sich, daß der diplomatische Schriftverkehr auch zu einem Kristallisationspunkt der öffentlichen Meinung wurde – deren Bedeutung man selbstverständlich wahrnahm.⁶³ Um zu überprüfen, in welchem Maße das Thema Entspannung auch in der Öffentlichkeit der jeweiligen Länder eine Rolle spielte, wurden dennoch drei Zeitungen konsequent durchgesehen. Für Großbritannien und Österreich-Ungarn fiel die Auswahl leicht, aufgrund ihrer überragenden Stellungen kamen nur „The Times“ beziehungsweise die „Neue Freie Presse“ in Frage. Schwieriger stellte sich die Sache in der unübersichtlichen und stark regional geprägten deutschen Zeitungslandschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts dar. Die Wahl fiel auf die liberale „Frankfurter Zeitung“, die auch reichsweit von großer Bedeutung war. Natürlich fällt das Bild von Entspannung zum Beispiel in der nationalistischen „Die Post“ anders aus. Das betrifft aber vor allem die Beurteilung. Was die grundsätzliche Aufmerksamkeit für Entspannungssymptome anbelangt – und hierauf kommt es an dieser Stelle an –, darf man ziemlich sicher sein, daß „Détente“ auch in der „Post“ ein wichtiges Thema war.

In mancher Hinsicht geht die Arbeit systematisch vor. So wird in einem einleitenden Kapitel die offizielle Außenpolitik in den Kontext der Diskussion, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts über alternative Möglichkeiten der Konfliktregulierung geführt wurde, gestellt. Das „europäische Konzert“ während der Balkankrise wird in einem eigenen Kapitel untersucht. An zwei Punkten sind kurze Zusammenfassungen eingefügt. In ihrer großen Linie ist die Arbeit jedoch chronologisch aufgebaut. Die Bedeutung von Entspannung vor 1914 ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß es in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg manchen Zeitgenossen so schien, als könne er auf eine Geschichte der Entspannung zurückblicken. Diese begann mit der zweiten Marokkokrise, die eine der wichtigsten Zäsuren auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg darstellte, die aber auch in ganz Europa neue Überlegungen aufkommen ließ, wie die internationale Lage entschärft werden könnte.

⁶³ Vgl. dazu: Rosenberger, Bernhard: Zeitungen als Kriegstreiber? Die Rolle der Presse im Vorfeld des Ersten Weltkrieges. Köln 1998, v.a. S. 32–37.

I. Geheimdiplomatie als Friedensgarantin? Die Haltung der offiziellen Außenpolitik zu alternativen Modellen der Konfliktregulierung am Anfang des 20. Jahrhunderts

Das „lange“ Jahrhundert, das 1914 zu Ende ging, war nicht nur das Jahrhundert des Militarismus und des Chauvinismus: „Gerade das nationalistische 19. Jahrhundert brachte [...] die Wende zum Internationalismus hervor.“¹ Die Weltausstellungen waren Symbole dafür und behaupteten bis zum Ersten Weltkrieg „ihren Rang als völkerverbindende [...] Veranstaltungen“². Die wirtschaftliche Vernetzung erreichte ein vorher nicht gekanntes Niveau und nahm auch in den letzten Jahren vor 1914 nicht ab – nicht einmal zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich.³ Die Verkehrsverbindungen wurden ausgebaut, der Wissenschaftsaustausch intensivierte sich.

Solche Phänomene ließen auch das Bild, das sich die Zeitgenossen von den internationalen Beziehungen, der „großen Politik“, machten, nicht unberührt. Die offizielle Außenpolitik wurde als anachronistisch kritisiert, die „Geheimdiplomatie“ angegriffen, und wie sollten die Aristokraten in den Außenministerien auch die wirtschaftlichen Erfordernisse der Zeit erkennen?⁴ Große Aufmerksamkeit zogen die zahlreichen internationalen Kongresse zum Beispiel über das Privatrecht von 1900, über das Postwesen oder zur Regelung der drahtlosen Telegraphie, beide 1906, auf sich. Alfred Fried, der österreichische Pazifist und Gründer der deutschen Friedensgesellschaft, zählte zwischen 1900 und 1907 30 staatliche Konferenzen, andere kamen in den beiden Jahrzehnten um 1900 insgesamt auf eine Zahl von 1450 internationalen Veranstaltungen.

¹ Stolleis, Michael: Der lange Abschied vom 19. Jahrhundert. Die Zäsur von 1914 aus rechtshistorischer Perspektive. Berlin u. New York 1997, S. 10. Zum Begriff des „langen 19. Jahrhunderts“: Hobsbawm, Eric J.: Das imperiale Zeitalter 1875–1914. Frankfurt/M. 1989 u.ö., S. 15–23.

² Gollwitzer, Heinz: Geschichte des weltpolitischen Denkens. Bd. I. Vom Zeitalter der Entdeckungen bis zum Beginn des Imperialismus. Göttingen 1972, S. 444.

³ Das betraf auch politisch sensible Wirtschaftsbereiche wie die des Kohle- und Eisenerzexports. Poidevin, Raymond u. Bariéty, Jacques: Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975. München 1982, S. 276 u. Graphik S. 237. Vgl. auch: Frank, Robert: L'Allemagne dans le commerce français, ou la tendance séculaire à l'entente franco-allemande (1910–1965). In: Shamir, Haim (Hg.): France and Germany in an Age of Crisis 1900–1960. Studies in Memory of Charles Bloch. Leiden u. a. 1990, S. 30–42, hier S. 32 u. 35 f. Insgesamt zum deutsch-französischen Handel vor 1914 – der in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg sogar zunahm – und zu Implikationen für das Verhältnis zwischen Außenpolitik und Wirtschaftsbeziehungen: Wilsberg: „Terrible ami – aimable ennemi“, S. 172–184.

⁴ So in etwa die in den Parlamenten immer wieder gehörte Kritik von sozialistischen, aber auch (links-)liberalen Rednern. Vgl. Robbins, Keith: The Abolition of War. The „Peace Movement“ in Britain, 1914–1919. Cardiff 1976, S. 21.

tungen.⁵ Und das „Karussell der internationalen Konferenzen drehte sich ungehindert bis zum Jahre 1914 weiter.“⁶

In den Kontext dieser „Flutwelle von Internationalismus“⁷ ordnen sich die Überlegungen ein, wie die zwischenstaatlichen Beziehungen neu, das heißt friedlicher organisiert werden könnten. Entspannung der Großmachtbeziehungen war hier Teil der grundsätzlichen Debatte um Krieg und Frieden. Überall in Europa und Nordamerika hatten sich während der letzten hundert Jahre Friedensorganisationen formiert, zunächst national und außerparlamentarisch, schließlich international und parlamentarisch. Im Falle der Großmächte gründete sich zuerst in England 1816 eine Friedensgesellschaft, zuletzt 1910 in Rußland.⁸

Auch wenn es an Arbeiten mangelt, die die unterschiedlichen Diskussionen und Länderspezifika integrieren und sich an ein Gesamtbild des Denkens um Krieg und Frieden in Europa vor 1914 wagen, das Militarismus und Friedensbeziehungsweise Verständigungsbewegungen gleichermaßen erfaßt, fehlt es zu beiden Bereichen wahrlich nicht an Spezialstudien.⁹ Dabei wird schnell deutlich, daß der Militarisierung eine breite Bewegung des Internationalismus und Pazifismus gegenüberstand. Grundsätzlich gilt dabei, daß der Pazifismus es in Deutschland und auch in Österreich-Ungarn sehr viel schwerer hatte als in den westlichen Demokratien.¹⁰ Doch auch ein österrei-

⁵ Schirbel, Gabriele: Strukturen des Internationalismus. First Universal Races Congress. London 1911. Der Weg zur Gemeinschaft der Völker. 2 Teile. Münster und Hamburg 1991, S. 48 bzw. 47.

⁶ Ebd., S. 1011.

⁷ Schücking, Walther: Die Organisation der Welt. Tübingen 1908, S. 594. Zitiert nach: Schirbel: Strukturen des Internationalismus, S. 12.

⁸ Cooper, Sandi E.: Patriotic Pacifism. Waging War on War in Europe 1815–1914. New York u. Oxford 1991, S. 213 u. 218.

⁹ Zum Komplex Militarismus/Nationalismus außer den schon genannten Arbeiten z.B.: Jeismann, Michael: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbild und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1792–1918. Stuttgart 1992; Vogel, Jakob: Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen“ in Deutschland und Frankreich 1871–1914. Göttingen 1997; Flasch, Kurt: „Die geistige Mobilmachung“. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Frankfurt/M. 2000. Die Friedensbewegung und ihre Gegner in den Regierungen zusammendenken möchte: Wank, Solomon (Hg.): Doves and Diplomats: Foreign Offices and Peace Movements in Europe and America in the Twentieth Century. Westport 1978; Niall Ferguson hat unlängst mit der These provoziert, der Militarismus habe sich vor 1914 im Niedergang befunden. Ders.: Der falsche Krieg. Der Erste Weltkrieg und das 20. Jahrhundert. Stuttgart 21999, S. 64 f.

¹⁰ Riesenberger, Dieter: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933. Göttingen 1985, S. 97; Eisenbeiß, Wilfried: Die bürgerliche Friedensbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkriegs. Organisation, Selbstverständnis und politische Praxis 1913/14–1919. Frankfurt/M. u. a. 1980, S. 90; Holl, Karl: Pazifismus in Deutschland. Frankfurt 1988, S. 84 f. Trotz dieser Einmütigkeit macht es an manchen Stellen nachdenklich, daß etwa der nach der zweiten Marokkokrise gegründete „Verband für internationale Verständigung“, dem sich nach einigen Wochen immerhin 70 deutsche Professoren angeschlossen hatten, darunter Hermann Cohen, Adolf Harnack, Karl Lamprecht, Paul Natorp, Georg Simmel, Ernst Troeltsch, Alfred und Max Weber, in Aufsätzen, die den Hochschullehrern bei der Militarisierung Deutschlands eine bedeutende Rolle zuweisen, keine Erwähnung findet. Z.B. Bruch, Rüdiger vom: Krieg und Frieden. Zur Frage der Militarisierung deutscher Hochschullehrer und Universitäten im späten Kaiserreich. In: Dülffer u. Holl (Hg.): Bereit zum Krieg, S. 74–98. Vgl. auch den schon erwähnten Aufsatz von Wolfgang J. Mommsen: Der Topos vom unvermeidlichen Krieg.

chischer Diplomat wie Friedrich Graf Szápáry konnte sich im Januar 1914 einem auf das „Umsichgreifen der pazifistischen Geistesrichtung zurückzuführenden allgemeinen Friedensbedürfnis“ in Europa gegenübersehen.¹¹

Innerhalb des Pazifismus beziehungsweise der Friedens- und Verständigungsbewegung¹² können national und bezogen auf ihren politischen Hintergrund zahlreiche Spielarten voneinander abgegrenzt werden. Während in Deutschland und Österreich-Ungarn die Unterscheidung von bürgerlicher und sozialistischer Friedensbewegung sinnvoll erscheint,¹³ legt die andersgeartete Tradition in England die Einteilung in „sectarian“ und „non-sectarian“, gemäßigte und radikale Vertreter nahe.¹⁴ Allen Gruppierungen, ob den Friedensgesellschaften, den sozialistischen Gruppen, den eher bürgerlich orientierten deutsch-englischen oder deutsch-französischen Verständigungskomitees, ist der bemerkenswerte Optimismus eigen, daß die Chancen auf eine friedliche Umgestaltung der internationalen Beziehungen noch nie so gut waren wie in ihrer Zeit.¹⁵ Neben der Tendenz zum Internationalismus waren es vor allem der Blick auf die wirtschaftlichen Verflechtungen und die scheinbar zunehmende Verrechtlichung der Außenpolitik, die solche Einschätzungen begründen konnten.

Die Überlegung, daß die starke Vernetzung der Weltwirtschaft Krieg zunehmend unwahrscheinlich machen würde, hat in Norman Angells Schrift „The Great Illusion“ ihren klassischen Ausdruck gefunden. Von Kriegen, so die Kernaussage, könne heutzutage niemand mehr profitieren, selbst die finanziellen und wirtschaftlichen Verluste des Siegers wären inakzeptabel.¹⁶ Die deutsche und österreichisch-ungarische Friedens- und Verständigungsbewegung war noch mehr als von der „gewisse[n] Arbeitsteilung“, die für ein allgemeines Friedensinteresse spräche,¹⁷ von der Zahl an internationalen Schiedsgerichtsverfahren beeindruckt, die seit dem sogenannten Alabama-Fall, den Großbritannien und die USA 1871 durch ein Schiedsgerichtsurteil beigelegt hatten, ständig stieg. Zwischen 1875 und 1914 wurden beinahe 350 zwischenstaatliche Konflikte auf diese Weise aus der Welt geschafft. 1914 waren 100 Schiedsabkommen in Kraft.¹⁸ Zwar enthielten die meisten Verträge sogenannte „Ehrenklauseln“, die die Schlichtung in der Praxis auf minder bedeutende Fälle begrenzten, und obligatorische Schiedsverfahren waren ebensowenig erreicht, trotzdem konnte man in der Entwicklung der „Arbitrage“ die beginnende Revolutionierung der traditionellen, nationalen Außenpolitik erkennen und im von der zweiten Haager

¹¹ ÖUA VII, Nr. 9219.

¹² Zur schwierigen Abgrenzung dieser Begriffe: Eisenbeiß: Die bürgerliche Friedensbewegung, S. 52.

¹³ Chickering, Roger: Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society 1892–1914. Princeton 1975; Eisenbeiß: Die bürgerliche Friedensbewegung; Laurence, Richard R.: The Peace Movement in Austria, 1867–1914. In: Wank (Hg.): Doves and Diplomats, S. 21–41.

¹⁴ Vgl. Robbins: The Abolition of War.

¹⁵ Anders eigentlich nur: Cooper: Patriotic Pacifism, S. 180ff.

¹⁶ Angell, Norman: The Illusion of War. London 1910.

¹⁷ Michael, Wolfgang: Deutschland und England. In: Deutsche Rundschau 150 (Jan.-März 1912), S. 217–226, hier S. 225.

¹⁸ Langhorne, Richard: Arbitration: the First Phase, 1870–1914. In: Dockrill, Michael u. McKercher, Brian (Hg.): Diplomacy and World Power. Studies in British Foreign Policy 1890–1950. Cambridge 1996, S. 43–55, hier S. 43.

Konferenz beschlossenen ständigen „Schiedsgerichtshof [...] die bedeutsamste organisatorische Einrichtung, die das Völkerrecht bisher hervorgebracht hat.“¹⁹

In den Überlegungen zur Umgestaltung der internationalen Beziehungen, die in den verschiedenen Gruppierungen der Friedensbewegung angestellt wurden, spielte der Ausbau der Schiedsgerichtsbarkeit entsprechend eine prominente Rolle. Rüstungsbegrenzung und die Schaffung von internationalen Organisationen waren allerdings nicht weniger wichtige Forderungen,²⁰ die in letzter Konsequenz alle auf die „Auflösung von machtpolitisch verstandener Weltpolitik in einen anderen Aggregatzustand“ hinausliefen²¹.

Diplomatie und Politik, die offizielle Außenpolitik, wurden auf vielfältige Weise mit den verschiedenen Formen des Pazifismus und mit alternativen Vorstellungen von der friedlichen Regulierung der internationalen Ordnung konfrontiert – am direktesten durch Eingaben von Privatpersonen oder Organisationen aus dem Spektrum der Friedens- und Verständigungsbewegung. Daneben stellte sich auch die grundsätzliche Frage, wie sich die offizielle Politik zu internationalen Parlamentarier-treffen, Friedenskongressen und anderem mehr verhalten sollte. Zudem hatten einzelne Methoden der friedlichen Konfliktregelung längst Eingang in die Beziehungen auf der Regierungsebene gefunden. Die beiden Haager Konferenzen, die Praxis der bilateralen Schiedsgerichtsbarkeit, ganz allgemein die Tendenz zur Verrechtlichung der internationalen Beziehungen – die freilich noch nicht die Frage von Krieg und Frieden betraf – sind Beispiele dafür. Und nicht zuletzt sahen sich die verantwortlichen Akteure den zahllosen Entspannungshoffnungen, -befürchtungen und -gerüchten in der europäischen Presse gegenüber.

Zwar setzte die europäische Friedensbewegung überwiegend auf Aufklärung der Öffentlichkeit, weniger auf die unmittelbare Einwirkung auf die Regierungen, das schloß aber nicht aus, daß sich bestimmte pazifistische Vereinigungen, daß sich prominente oder weniger prominente einzelne in internationalen Krisen an die Regierungsvertreter wandten. Bertha von Suttner schrieb während der Bosnischen Annexionskrise an den späteren österreichischen Botschafter in Rom, Kajetan Mérey von Kapos-Mére. Die Analyse der internationalen Beziehungen, die sie bei dieser Gelegenheit gab, ist interessant, war aber keineswegs ungewöhnlich: „Die jetzige Situation in Europa ist sehr bedenklich; ich finde aber, es zeigt sich dabei, daß es schon ein friedenswollendes Europa giebt – das sich langsam zur Einheit emporarbeitet.“²² Am 12. Januar 1912 wandte sich die „Manchester Liberal Federation“ mit einem dringenden Aufruf zur internationalen Verständigung an Grey.²³ Die „Carnegie-Peace-Foundation“ schrieb Mitte 1912 an Wilhelm II. und bat um Unterstützung für den Plan einer internationalen Konferenz über Rüstungsausgaben in Frankfurt. Kaum überraschend, ließ der Kaiser dem Vertreter der Stiftung seine grundsätzlichen Bedenken mitteilen.²⁴ Insgesamt war die Chance, eine Antwort zu erhalten, für diejeni-

¹⁹ Piloty, Robert: Formen der internationalen Verständigung. In: Internationale Monatsschrift 7 (1913), Sp. 423–488, hier Sp. 431.

²⁰ Eisenbeiß: Die bürgerliche Friedensbewegung, S. 35.

²¹ Gollwitzer: Geschichte des weltpolitischen Denkens, Bd. I, S. 440.

²² Schreiben Suttners vom 15. Oktober 1908, HHStA NL Mérey, Kt. 16.

²³ PRO/FO NL Grey, 800/109.

²⁴ Für diesen Vorgang: Aufzeichnung Jenisch, 14. August 1912, AA/PA Europa Generalia 37,

gen, die ihre Eingaben an das Foreign Office richteten, größer als für diejenigen, die an die Wilhelmstraße oder den Ballhausplatz schrieben. Mehr als eine formelhafte Bestätigung für den Erhalt war allerdings, solange die Eingabe nicht – wie im obigen Fall – von der eigenen Partei kam, auch aus dem englischen Außenministerium nicht zu erwarten.²⁵

Wenn möglich, versuchten die Regierungen in Berlin, London und Wien den Kontakt mit Friedensorganisationen jeglicher Couleur zu minimieren. Der deutsche Gesandte in Bern teilte im Mai 1913 seiner Zentrale mit, er habe sich gegenüber der „Berliner Friedenskonferenz“ gemäß den „mir erteilten Weisungen [...]“ grösster Zurückhaltung befleissigt, so dass ich mit den Teilnehmern an der Veranstaltung nicht in Berührung gekommen bin.²⁶ Ganz einzuhalten war dies allerdings nicht. Die britische Regierung unterstützte die „Interparlamentarische Union“ 1906 und dann regelmäßig ab 1908, obwohl die Beamten im Foreign Office glaubten, daß deren Aktivitäten im Widerspruch zu den nationalen Interessen Großbritanniens stünden. Das hatte innenpolitische Gründe: Einmal gewährt, konnte man mit Rücksicht auf die englische Öffentlichkeit die Zahlungen nicht wieder einstellen. Aber auch außenpolitische Motive spielten eine Rolle: Andere Länder unterstützten die „Union“ ebenfalls. Solange sich daran nichts änderte, mußten, wollte man sich nicht der Kritik des „friedlichen Europas“ aussetzen, auch die englischen Zuschüsse weitergehen. Immerhin beharrte das Foreign Office gegenüber der Treasury darauf, die Zuwendungen jedes Jahr neu zu überprüfen: Gezahlt wurde aber in den Jahren vor 1914 trotzdem jedesmal, zum Beispiel 1912 unter anderem mit dem Argument: „From purely F.O. point of view the Union is an undesirable body [...] But once having started it is almost impossible to stop, especially at the present moment when peace propaganda and Anglo-German friendship resolutions are thick as leaves in Vallombrosa.“²⁷ Unter den Ländern, die die Union ebenfalls finanziell unterstützten, befanden sich neben Frankreich auch Deutschland und Österreich-Ungarn, obwohl man in der deutschen und österreichischen Diplomatie die Arbeit der Union ähnlich einschätzte wie in London, im Herbst 1912 etwa als „humanitäre Phrase“ mit „noch weniger Aktualität als sonst“.²⁸

Heikel war stets die Frage, ob Abordnungen von Friedenskongressen von offiziellen Stellen des jeweiligen Gastlandes empfangen werden sollten. Meistens nutzten

Bd. 14; Schreiben Mr. Butler an Jenisch, 5. September 1912, u. AA an Mr. Butler, Konzept, 29. September 1912, ebd. Überhaupt war Wilhelm II. bevorzugter Anlaufpunkt für Friedensappelle: vgl. Bericht aus Washington, 5. Februar 1913, ebd.; Tel. „Internationales Friedensbureau“, 31. Juli 1914, AA/PA Europa generalia 37, Bd. 16.

²⁵ Vgl. die zahlreichen Eingaben von Friedensbüros, Interparlamentarischer Union oder von Kirchen zum Haager Prozeß und ihre Beantwortung durch das Foreign Office, PRO/FO 372/449 u. 372/590. Dagegen erhielt die „Manchester Liberal Federation“ auf ihre Eingabe vom 12. Januar 1912 hin relativ ausführlich Antwort. Zusätzlich verwies Grey auf die Möglichkeit, die Diskussion bei einem bevorstehenden Besuch in Manchester fortzuführen, PRO/FO NL Grey, 800/109.

²⁶ Bericht aus Bern, 13. Mai 1913, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 14. Wilhelm II. unterstrich die Wörter „nicht in Berührung gekommen“ und vermerkte am Rand: „gut“.

²⁷ Treasury an Mr. Tyrrell, 1. Januar 1912, Marginalie Villiers, 19. Januar, PRO/FO 371/1555. Vgl. Treasury an FO, 4. Januar 1911 u. FO an Treasury, 23. Januar 1911, ebd. 371/1281 sowie die zahlreichen Vermerke dort.

²⁸ Bericht aus Bern, 11. Oktober 1912, HHStA AdmReg., Fach 60/95.

deutsche, englische oder österreichische Regierungsvertreter aber dann doch solche Foren, um ihren Friedenswillen zu beteuern.²⁹ Mit Blick auf den für September 1914 geplanten Weltfriedenskongreß in Wien fragte Mensdorff während der Julikrise im Foreign Office an, wie es das englische Königshaus im Falle des Weltfriedenskongresses in London 1908 gehalten habe. Es stellte sich heraus, daß zumindest eine Deputation von Edward VII. empfangen worden war, genauere Aufzeichnungen existierten aber, so die englische Antwort vom 20. Juli 1914, nicht mehr.³⁰ Der Kongreß fand bekanntlich nicht statt, die Frage, in welcher Form Franz Joseph den Delegierten begegnen sollte, stellte sich letztlich nicht. Eine andere Verbindung war das offizielle Österreich-Ungarn allerdings schon zuvor eingegangen. Berchtold sollte als Ehrenpräsident des Kongresses fungieren, der österreichische Ministerpräsident als Mitglied des Ehren-Exekutivkomitees.³¹

Mit den Schiedsgerichtsverträgen hatten seit längerem alternative Konfliktlösungsmechanismen Einzug in die traditionelle Diplomatie gehalten. Auch zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien existierte ein solcher Vertrag seit 1904, 1909 wurde er verlängert. Vor allem bei der Geltendmachung von rechtlichen Forderungen von Unternehmen oder auch Privatpersonen gehörte diese Art von Konfliktregulierung zur normalen Praxis der internationalen Beziehungen.³² Wie erwähnt, schlossen die meisten Verträge allerdings vitale Gegenstände ebenso aus, wie sie auch keine bindende Verpflichtung zur Anrufung eines Schiedsgerichts vorsahen. Als der amerikanische Außenminister Bryan im Frühjahr 1913 bilaterale Friedenskommissionen zwischen den USA und allen anderen Staaten, mit denen diese diplomatische Beziehungen pflegten, vorschlug, denen Fälle zugeleitet werden sollten, die herkömmliche Schiedsabkommen nicht erfaßten, namentlich solche, die vitale Interessen oder die nationale Ehre betrafen, fielen die Reaktionen entsprechend zurückhaltend aus. Die britische Regierung ließ wissen: „that His Majesty's Government have considered Mr. Bryan's suggestions with great interest; that they are favourable in principle, and will welcome a proposal in a definite shape.“ Mit einer entsprechenden Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten hatte das Foreign Office – obwohl Nicolson den Vorstoß des amerikanischen Außenministers „dilettantisch“ nannte³³ – auch tatsächlich in der Sache weniger Schwierigkeiten, entsprach doch der Vorschlag weitgehend einem erst am amerikanischen Parlament gescheiterten bilateralen Vertrag zwischen London und Washington.³⁴ Hinsichtlich der Beziehungen zu den europäischen Mächten schien es aber problematisch, sich auf solche Weise zu binden.³⁵ Es dauerte fast ein Jahr, bis sich die britische Regierung tatsächlich auf Verhandlungen einließ.³⁶

²⁹ Eisenbeiß: Die bürgerliche Friedensbewegung, S. 63.

³⁰ Mensdorff an Grey, 1. Juli 1914, PRO/FO 372/596; Antwort vom 20. Juli 1914, ebd.

³¹ Laurence: The Peace Movement in Austria, S. 39, Anm. 30.

³² So füllen zum Beispiel die Fälle, die 1912 vor deutsch-englische Schiedsgerichte kamen, einen fettleibigen Aktenband, PRO/FO 372/361.

³³ Bericht aus London, 2. Mai 1913, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 14.

³⁴ Langhorne: Arbitration, S. 46.

³⁵ BD VIII, No. 515. Den zitierten Vermerk haben die Herausgeber allerdings nicht abgedruckt.

³⁶ Verhandlungen mit den USA sah z. B. W. Langley, Assistant Under-Secretary im Foreign Office, nach den früheren Erfahrungen mit gemischten Gefühlen entgegen: „Negotiation with the U.S. on such subjects is rather disheartening work as one starts with the probability that the Senate will reject any plan which is fair to both sides.“ Ebd. Die englisch-amerikanischen

In der Berichterstattung des österreichischen Botschafters Dumba geriet der amerikanische Außenminister mit seinem Plan für ständige Schiedskommissionen zur von Friedenskundgebung zu Friedenskundgebung eilenden Witzfigur, der „geradezu von seinem Friedensplane hypnotisiert“ und daher unfähig sei, „einer anderen Frage Interesse zuzuwenden.“³⁷ Wilhelm II. bezeichnete Bryans Plan kurz und bündig als „Blödsinnige[n] Quatsch eines Phantasten“.³⁸ Im Laufe der Zeit kam es dennoch zu einem Dissens zwischen der deutschen und der österreichischen Position. Berchtold hatte zunächst deutlich zurückhaltender als Grey antworten lassen, daß die k.u.k. Regierung von dem amerikanischen Projekt „mit Interesse Kenntnis“ genommen habe. Sie sei „auch bereit, in nähere Erörterungen desselben“ einzutreten, müsse aber mit ihrer definitiven Entscheidung warten, bis sie weiter ausgearbeitete Vorschläge kenne.³⁹ Dem entsprach mehr oder weniger die deutsche Versicherung an Bryan, daß die Berliner Regierung „von seinen bekannten Plänen zur Sicherung des Weltfriedens mit Interesse Kenntnis genommen habe und konkreten diesbezüglichen Vorschlägen entgegentreffe.“⁴⁰ Schließlich kam man aber in Österreich-Ungarn zu der Bewertung, daß mit den USA ohne Gefahr ein entsprechendes Abkommen geschlossen werden könne. Dumba hatte dies aus taktischen Gründen von Anfang an geraten. Er empfahl, ähnlich wie Großbritannien, den Vorschlag im Prinzip so schnell wie möglich anzunehmen. Dadurch verpflichte man sich zu nichts, könne aber „dem eitlen, pacifistischen Utopien nachhängenden Staatssecretär einen wirklichen Dienst leisten.“ Dumba schwebte vor, durch diesen „Courtoisie-Akt“ die Unterstützung und „ehrliche Mitwirkung“ der amerikanischen Regierung „zur Regelung der zahllosen Reklamationen zu Gunsten unserer Auswanderer und Arbeiter“ zu erhalten. Diese Haltung sei um so leichter, als von „einem kriegerischen Konflikte“ zwischen Österreich-Ungarn und den USA nicht die Rede sein könne.⁴¹ Im Frühjahr 1914 schloß sich auch der Ballhausplatz Dumbas Bewertung an, daß ein von Bryan gewünschtes Abkommen mit den USA bei der Unwahrscheinlichkeit eines kriegerischen Konflikts zwi-

Verhandlungen begannen Anfang 1914. Sie wurden allerdings erst nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges, am 15. September, abgeschlossen. Siehe BD VIII, Ed. Note, S. 648.

³⁷ Bericht aus Washington, 29. Januar 1914, HHStA Admreg., Fach 30/137. In einem Bericht vom 16. Mai 1913 hieß es u.a.: „Staatssecretär Bryan hat den Besuch der Friedensdelegierten aus England, Australien, Canada und Neu Fundland in New York und Washington [...] zum Anlass genommen, um innerhalb des kurzen Zeitraumes von drei Tagen nicht weniger als drei Friedensreden vom Stapel zu lassen, abgesehen von mehreren Interviews, welche er über denselben Gegenstand den Journalisten gewährt hat [...] Bei dem im hiesigen Army und Navy Club stattgefundenen Bankett betonte Mr. Bryan abermals die Friedensliebe der Vereinigten Staaten wobei seine Phantasie einen lyrischen Schwung nahm. – Er prophezeite, dass an Stelle der jetzigen stählernen Kolosse des Meeres Fahrzeuge ganz anderer Art treten werden, deren Compass das führende Herz sein wird und deren Geschosse vom rauchlosen Pulver der Liebe in die Ferne geschleudert eitel Wohlwollen und Sympathie verbreiten werden.“ Die neuartigen Dreadnoughts Mr. Bryan's heissen ‚Friendship‘ und ‚Fellowship‘ und ihr Befehlshaber soll der Prinz des Friedens sein.“ HHStA/P.A. XXXIII/51

³⁸ Bericht aus Washington, 31. Mai 1913, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 14, Marginalie Wilhelm II.

³⁹ Tel. nach Washington, Konzept, 30. Mai 1913, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴⁰ Bericht aus Newport, 24. Juni 1913, AA/PA Europa generalia 37, Bd. 14.

⁴¹ Bericht aus Washington, 19. Mai 1913, HHStA/P.A. XXXIII/51.

schen beiden Ländern mehr Nutzen als Schaden bringen könne.⁴² Doch die deutsche Regierung war nicht bereit, die „Komödie“⁴³, für die Dumba die ganze Sache, einschließlich der von England vertretenen Position, hielt, mitzumachen.⁴⁴ In einer Antwort auf die der deutschen Regierung Anfang Mai mitgeteilten modifizierten österreichischen Haltung bekräftigte das Auswärtige Amt Mitte Juni – inzwischen hatte als erste Großmacht ausgerechnet der Dreibundpartner Italien die Einrichtung einer Schiedskommission mit den USA vereinbart – seine Auffassung, daß es den amerikanischen Vorschlag grundsätzlich ablehne.⁴⁵ Die Randnotizen, mit denen „Seine Majestät [...] zu wiederholten Malen in deutlicher Weise [„Quatsch“, „Blödsinn“ etc., F.K.] zu verstehen gegeben haben, daß ein Eingehen auf die Bryan'schen Vorschläge den Allerhöchsten Intentionen direkt widersprechen würden“,⁴⁶ ließen in diesem Fall dem Auswärtigen Amt kaum eine Wahl. Darüber hinaus – und gegenüber der österreichischen Regierung ausschließlich – wurde mit der Überlegung argumentiert, daß ein Vertrag im Sinne Bryans eine unerwünschte Präzedenz-Wirkung für die nächste Haager Konferenz und für andere bilaterale Beziehungen Deutschlands hätte. Zudem sehe der Bryansche Vorschlag vor, eine Frist festzusetzen, während der die streitenden Parteien nicht zu den Waffen greifen sollten. Dies bedrohte ganz allgemein das militärische Kalkül des Deutschen Reichs, das bekanntlich auf der Geschwindigkeit der eigenen Mobilmachung beruhte.⁴⁷ Da Wien mit Berlin Konsultationen über eine endgültige Antwort an die USA vereinbart hatte, blieb der österreichischen Führung nichts anderes übrig, als die Sache weiterhin dilatorisch zu behandeln. Während Dumba nach Kriegsbeginn mehr denn je auf den Beginn von Verhandlungen drängte,⁴⁸ blieb die deutsche Regierung auch jetzt bei ihrer Position. Die Ablehnung sei als „endgültig anzusehen“.⁴⁹

Am weitesten hatten sich die Regierungen mit den Haager Konferenzen auf die Suche nach neuen und friedlicheren Ordnungen der internationalen Beziehungen eingelassen.⁵⁰ Auch dort spielte die Verrechtlichung der Außenpolitik eine wichtige Rolle.

⁴² Schreiben an die Deutsche Botschaft in Wien, 2. Mai 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴³ Bericht aus Washington, 29. Januar 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴⁴ Bernstorff hat allerdings an einigen Stellen zu erkennen gegeben, daß er die Berliner Haltung für zu starr hielt. So berichtete er am 22. Januar 1914, in Washington betrachte man den Vorschlag als „vollkommen harmlos“. Ihm wurde darauf am 30. März mitgeteilt, daß für Deutschland die Sache keineswegs harmlos sei. Bericht aus Washington, 22. Januar 1914 u. Erlaß nach Washington, 30. März 1914, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 15.

⁴⁵ Denkschrift des Auswärtigen Amtes, 15. Juni 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴⁶ So der Teil der Begründung der deutschen Haltung, den Bernstorff vertraulich erhielt. Erlaß nach Washington, 30. März 1914, Konzept, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 15. Auf Vorschläge zur Schiedsgerichtsbarkeit war der Kaiser besonders schlecht zu sprechen: Als die „New York World“ Anfang Januar 1912 ein Telegramm an Wilhelm II. richtete, der Kaiser möge Präsident Tafts Bemühung, das neue Jahr zum Jahr der Schiedsgerichtsbarkeit machen, öffentlich unterstützen, bekam sie, soweit ersichtlich, keine Antwort, dafür eine kaiserliche Randnotiz: „May the devil take arbitration + all who prate about it!“ Tel. vom 1. Januar 1912, AA/PA Europa Generalia 37 secr., Bd. 3.

⁴⁷ Denkschrift des Auswärtigen Amtes, 15. Juni 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴⁸ Bericht Dumba, 8. Oktober 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁴⁹ Weisung nach Washington, Abschrift, 16. November 1914, HHStA AdmReg., Fach 30/137.

⁵⁰ U. a.: Dülffer, Jost: Regeln gegen den Krieg? Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 in der internationalen Politik. Berlin u. a. 1981.

Emphatisch mitgetragen haben diesen Weg weder die deutsche noch die österreichische und auch nicht die englische Regierung. Die deutsche Führung war bei der Frage eines generellen Schiedsabkommens als Spielverderber aufgetreten, konnte aber ihrerseits in den folgenden Jahren darauf verweisen, daß England die Ratifikation der Konventionen über einen internationalen Prisen-Hof sowie der Londoner Deklaration über die maritime Kriegführung verzögerte.⁵¹ Die zweite Haager Konferenz hatte die Fortführung des Prozesses für 1915 vorgesehen.⁵² Spätestens zwei Jahre zuvor sollten Regierungskomitees mit der Vorbereitung der dritten Haager Konferenz beginnen. Doch das Interesse daran tendierte in Berlin, London und Wien gegen null. In Wien hatte man im Frühjahr 1913 zwar mit internen Beratungen über das Programm der nächsten Konferenz begonnen,⁵³ irgendeine Aktivität nach außen entfaltete man aber nicht. Die deutsche Reichsleitung fürchtete vor allem die Wiederaufnahme der Diskussion um die Schiedsgerichtsbarkeit, in der sie sich durch ihre intransigente Haltung auf der zweiten Haager Konferenz beinahe vollständig isoliert hatte. Wilhelm II. sah für den Fall, daß dem Zaren auf der nächsten Konferenz alle wichtigen Initiativanträge überlassen würden, in einer Marginalie vom März 1913 gar den Krieg voraus.⁵⁴ Und als im Oktober 1913 die „International Arbitration & Peace Association“ im Foreign Office anfragte, ob man das vorgesehene Komitee schon gebildet habe – das hatte man freilich noch nicht getan –, sprach die Antwort aus dem englischen Außenministerium der Idee von Haag geradezu Hohn. Die Zuspitzung der außenpolitischen Lage, so hieß es da im wesentlichen, habe das Nachdenken über neue Methoden für eine friedliche Zukunft verhindert, wörtlich: „[...] no doubt owing to the fact that the attention of many of the governments has been engrossed by other political questions of grave international import, it has not so far been found possible to make any progress in the constitution of such a committee.“⁵⁵ Im April des folgenden Jahres hatte sich noch immer kein Komitee versammelt, im Juli 1914 wurde der Zusammentritt für den Juni 1915 ins Auge gefaßt; die dritte Haager Konferenz, so war damit klar, würde frühestens im Jahr 1917 stattfinden können.⁵⁶ Die Sache eilte nicht, wie Sir Eyre Crowe, Assistant Under-Secretary im Foreign Office, am 29. Januar 1914 zugab.⁵⁷ Erst als kurze Zeit später in der Öffentlichkeit Forderungen laut wurden, endlich mit den Vorbereitungen für die nächste Konferenz zu begin-

⁵¹ Bericht aus Berlin, 12. Mai 1914, PRO/FO 372/549.

⁵² Ein genaues Datum war nicht genannt worden, vielmehr wollte man den Abstand zwischen erster und zweiter Haager Konferenz beibehalten, daraus ergab sich als neuer Termin das Jahr 1915. Vgl. BD VIII, No. 252.

⁵³ Schreiben an das Kriegsministerium, Konzept, 28. Mai 1913, HHStA AdmReg., Fach 60/92.

⁵⁴ Ausschnitt aus Pester Lloyd, 7. März 1914, AA/PA Europa generalia 37, Bd. 7.

⁵⁵ Schreiben der „International Arbitration & Peace Association“ vom 31. Oktober 1913, 3. November 1913, PRO/FO 372/450, Marginalie Crowe. Crowes Randnotiz wurde praktisch unverändert in die Antwort des Foreign Office vom 7. November aufgenommen, ebd.

⁵⁶ Grey nach Washington, 9. Juli 1914, PRO/FO 372/549.

⁵⁷ Entwurf Crowes für ein Antwortschreiben an die Admiralität, PRO/FO 372/548. Am 16. Januar hatte das Foreign Office von dort eine Anfrage erreicht, wie weit die Vorbereitungen für die dritte Haager Konferenz gediehen seien. In der endgültigen Fassung der Antwort fehlten die angesprochene Stelle sowie der folgende Abschnitt, in dem Crowe die Gründe für seine Einschätzung anführte. Der parlamentarische Unterstaatssekretär Acland, der die Kürzung vornahm, fand die Passage zu polemisch: „[B]etter omit I think – its too controversial for a letter of relative unimportance.“ Ebd.

nen, und andere Regierungen in der Sache an das Foreign Office herantraten, begann man sich im englischen Außenministerium ernsthafte Gedanken über die Bildung eines Komitees zu machen: „Though this question is not in the strict sense of the word urgent, it is important, & it is undesirable that we should be open to a charge of delaying it.“⁵⁸

Nicht nur der Haager Konferenz oder der „Interparlamentarischen Union“ standen die Regierungen mit mehr oder weniger großer Skepsis oder Ablehnung gegenüber, das Crowesche „Nothing of value“⁵⁹ traf auch alle Formen transnationaler Verständigungsbemühungen. Ein Schreiben des 1905 gegründeten „Deutsch-Englischen Verständigungskomitees“ gab im April 1912 im Foreign Office zu der Bemerkung Anlaß: „One has not very much faith in the benefit to be derived from these societies, but if they set to work in the right way and act with discretion, at any rate they cannot do much harm.“⁶⁰ Einem Kontreadmiral außer Dienst, der im Oktober 1913 im Auswärtigen Amt nachfragte, was von dem „Verband für internationale Verständigung“ zu halten sei, von dem er gebeten worden sei, den Vorsitz der Ortsgruppe Berlin zu übernehmen, antwortete die Wilhelmstraße: „Der Verband [...] hat noch nicht lange genug gewirkt, um ein Urteil über praktischen Wert seiner Tätigkeit zu gestatten.“ Von anderen Vereinigungen ähnlicher Richtung könne man aber nicht sagen, daß sie „politischen Nutzen gestiftet haben.“⁶¹ Als sozialistische Abgeordnete in der französischen Kammer eine Debatte über die Bildung eines internationalen Parlaments durchsetzten, in dessen Kompetenzbereich alle außenpolitischen Konflikte fallen sollten, bezeichnete Gerald Villiers, Assistant Clerk im Foreign Office, das als eine „schreckliche Idee“ („terrible idea“), und Crowe lobte die Replik des französischen Außenministers, die zwei immer wieder gehörte Argumente gegen jede Form von bindender Schiedsgerichtsbarkeit enthielt – den Verweis auf die Souveränität der Staaten in Fragen von Krieg und Frieden sowie der Würde und der Sicherheit des Landes und auf die Unmöglichkeit, bindende Streitschlichtung international durchzusetzen: „His Excellency pointed out that the decision in regard to peace or war is essentially an act of sovereignty [...] A Government decides upon the measures required to ensure the dignity and safety of the country only in plenitude of its rights and in agreement with Parliament. France had always defended arbitration, but had not succeeded in getting all other States to agree to the principle of obligatory arbitration“.⁶²

Insgesamt nahmen die außenpolitischen Entscheidungsträger vor 1914 die Bemühungen um neue Methoden in den internationalen Beziehungen also in durchaus be-

⁵⁸ Paget an Grey, 20. Februar 1914, PRO/FO 372/548, Vermerk Grey. Allerdings hatte Crowe am 12. Februar 1912 sowie am 6. November 1912 zwei Memoranden über die Vorbereitung der dritten Haager Konferenz verfaßt. Die Sache wurde aber offenbar nicht weiter verfolgt. PRO/FO 372/373.

⁵⁹ Vermerk Crowe zu drei Broschüren der Interparlamentarischen Union vom 17. April 1912, PRO/FO 371/1555.

⁶⁰ Schreiben des Deutsch-Englischen Verständigungskomitees, 10. April 1913, PRO/FO 371/1650, Vermerk Parker.

⁶¹ Schreiben von Kontreadmiral Gatzel, 23. Oktober 1913, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 14. Antwortkonzept, 23. Oktober, ebd.

⁶² Bericht aus Paris, 20. Juni 1913, PRO/FO 371/1644, Marginalie Villiers, 23. Juni u. Crowe, 24. Juni.

merkwürdigem Umfang wahr. Die Aktivitäten von Parlamentariertreffen oder Verständigungskomitees fanden breiten Eingang in die diplomatische Korrespondenz und wurden nach ihren eventuellen Wirkungen untersucht, der Bryansche Plan war in allen Regierungen Gegenstand eingehender Beratungen. Eingang in die konzeptionellen Überlegungen der Außenministerien fanden sie allerdings nicht. Die Beamten in den Außenministerien in Berlin, London und Wien fanden die zeitgenössischen Ideen zur alternativen Konfliktregulierung schlicht utopisch.⁶³ Die Bewertung orientierte sich dabei nicht an dem Potential der einzelnen Verständigungsvorschläge und -ideen für die friedliche Konfliktregulierung, vielmehr wurden diese nach den Maßstäben des gewohnten machtpolitischen Kalküls beurteilt.⁶⁴ Konstantin Dumba wollte den Vorschlag Bryans zum Gegenstand eines diplomatischen „quid pro quo“ machen. Der englische Gesandte in München, Corbett, hielt die nicht-offiziellen Spannungsbemühungen für gefährlich, weil sie in Deutschland als Schwäche verstanden werden könnten.⁶⁵ Eine Beteiligung führender bürgerlicher Parlamentarier aus Deutschland an einem Treffen mit französischen Abgeordneten in der Schweiz würde der französischen Regierung einen doppelten Dienst erweisen, schrieb Schoen im April 1913: „Sie würden mit ihr ihre Mehrheit zusammenhalten helfen und im Fall eines unbefriedigenden Ergebnisses der Verhandlungen ihr die Begründung der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit erleichtern.“⁶⁶ Daß solche Vorschläge die bestehenden Konflikte ernstlich mindern könnten, glaubte man nicht.

Grundsätzlich glichen sich hierin die Einschätzungen in der deutschen, englischen oder österreichisch-ungarischen Außenpolitik. Unterschiede waren gradueller Natur. Im liberalen britischen Kabinett, beim Schatzkanzler David Lloyd George oder dem Staatssekretär für die Kolonien, Lewis Harcourt, weniger im Foreign Office, gab es durchaus Sympathien für neue Formen der internationalen Beziehungen, die man auch hin und wieder nach außen demonstrierte, die Politik wurde davon aber nicht bestimmt. Dagegen setzte sich im deutschen Auftreten die in diesem Punkt jede Flexibilität vermissen lassende Haltung des Kaisers nahezu vollständig durch, wonach man den „Muth haben müsse“, „Quatsch“ auch beim Namen zu nennen.⁶⁷

Aus der doch bemerkenswerten Resistenz der Regierungen gegenüber alternativen Methoden der Konfliktregulierung ist nun nicht vorschnell auf eine besondere Kriegsbereitschaft der Entscheidungsträger oder auf Phantasielosigkeit zu schließen, man darf vielmehr die Rolle eines Bildes von sich selbst nicht unterschätzen, das der Sache des Friedens am besten in herkömmlicher Regierungspolitik gedient sah. Die

⁶³ Z.B. Johnstone an das FO, 27. August 1913, PRO/FO 372/450, Vermerk Victor Wellesely; vgl. Aufzeichnung Kriege, 16. Juli 1913, AA/PA Europa generalia 37, Bd. 15; Bericht aus Washington, 19. Mai 1913, HHStA/P.A. XXXIII/51.

⁶⁴ Das schließt nicht aus, daß in thematischen und machtpolitischen Randbereichen vor 1914 die offizielle Außenpolitik eine Verbindung mit der Entwicklung des Internationalismus einging. Das Zentrum der internationalen Beziehungen, die Kontakte zwischen den europäischen Großmächten, hatte dieser Prozeß aber (noch) nicht erreicht. Vgl. dazu Herren, Madeleine: Hintertüren zur Macht. Internationalismus und modernisierungsorientierte Außenpolitik in Belgien, der Schweiz und den USA 1865–1914. München 2000.

⁶⁵ Bericht aus München, 21. September 1912, PRO/FO 371/1378.

⁶⁶ Bericht aus Paris, 18. April 1914, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 14.

⁶⁷ Bericht aus Washington, 19. Mai 1913, AA/PA Europa Generalia 37, Bd. 15, Marginalie Wilhelm II.

Rufe nach internationalen Organisationen, die Verständigungskomitees und Friedenskonferenzen gehörten einer Sphäre an, der die außenpolitischen Entscheidungseliten grundsätzlich mißtrauten. „Sir Edward Grey, of course, believed that ‚public opinion‘ existed“, und er glaubte auch, daß über Krieg und Frieden letztlich die britische Öffentlichkeit entschied, aber grundsätzlich schienen ihm kritische Entscheidungen in seinem Ministerium besser aufgehoben. Öffentliche Reden vermied er, wo er es nur konnte.⁶⁸ Leopold Graf Berchtold begründete seine anfängliche Weigerung, das Amt des österreichisch-ungarischen Außenministers zu übernehmen, unter anderem damit, daß er als Diplomat für öffentliche Reden unbrauchbar sei.⁶⁹ Für viele Diplomaten schien die Gefahr für den Frieden nicht von ihren Kollegen, sondern von der unkontrollierbaren Öffentlichkeit zu kommen: „[T]he cause of war if war does come“, schrieb ein englischer Diplomat 1911, werde „of course the Press“⁷⁰ sein. Die Diplomatie und die Regierungen begriffen sich zum übergroßen Teil als Flutmauer gegen solche Strömungen:

When the historians of the future writes about our days, he will perhaps admit that the quiet and inobtrusive activity of diplomacy has done some good, if only perhaps in gaining time when popular feeling is running high, in narrowing down certain irritating questions to their real limits – sometimes infinitely smaller than they appear in the excitement of public discussion – and working in this way in the interest of the peace of the world and the harmony of nations which must be the chief aim of all statesmen and diplomatists of our age.⁷¹

Der Historiker einer späteren Zeit wird die von Mensdorff beschriebene Wirkung der Diplomatie vor 1914 zwar kaum zugestehen, er wird aber die hier enthaltene Selbstzuschreibung ernst nehmen können. Berchtold beschrieb seine Aufgabe während der Balkankriege als „unverdrossene Fortführung einer der internationalen Lage Rechnung tragenden Friedenspolitik“, die es gegen einen Großteil „unserer öffentlichen Meinung, deren Erregung in der Luft liegt, die sich aufbäumt gegen Beeinträchtigung unserer Großmachtstellung, gegen Verunglimpfung unserer Exponenten, gegen Entstellung unserer Intentionen“, durchzuhalten gelte.⁷² Für Otto Graf Czernin war die Presse das „Hauptübel unserer Tage“, deren „Macht das Verantwortungsgefühl weit übertrifft“. ⁷³ Corbett schließlich polemisierte gegen die Wirkung von „amateur diplomacy“ auf die Außenpolitik seines Landes.⁷⁴

Solche Einschätzungen und Selbstbeschreibungen mögen begründen, warum man an „bewährten“ Methoden festhielt. Diese hatten seit Jahrzehnten den Frieden bewahrt. Erst während des Ersten Weltkriegs begannen sich einige der Protagonisten

⁶⁸ Robbins, Keith: Public Opinion, the Press and Pressure Groups. In: Ders.: Politicians, Diplomacy and War in Modern British History. London 1994, S. 125–147, hier S. 125 ff.

⁶⁹ 1. Februar 1912, HHStA NL Berchtold, Kt. 1, Memoiren. Berchtolds als Manuskript vorliegende Memoiren stellen eine Kombination aus Aktenabschriften, Tagebuchauszügen und späteren Anmerkungen dar, die der ehemalige österreichisch-ungarische Außenminister jeweils unter dem Datum der Quellen versammelt hat. Da im Haus-, Hof- und Staatsarchiv verschiedene gebundene Kopien der Memoiren vorliegen, erfolgt der Nachweis, um Eindeutigkeit zu erzielen, unter dem jeweiligen Datum.

⁷⁰ Ralph Paget an Bunsen, 3. Dezember 1911, Bodleian Library NL Bunsen, Box 14.

⁷¹ Rede vor der Fisher Society, 7. Mai 1914, HHStA NL Mensdorff, Kt. 3.

⁷² 3. Dezember 1912, HHStA NL Berchtold, Kt. 1, Memoiren.

⁷³ Bericht aus St. Petersburg Nr. 13-B, 9. März 1914, HHStA/P.A. X/140.

⁷⁴ Bericht aus München, 21. September 1912, PRO/FO 371/1378.

aus der Vorkriegszeit ernsthaft mit neuen Formen zwischenstaatlicher Beziehungen auseinanderzusetzen. Grey gehörte zu ihnen⁷⁵ und auch der ehemalige deutsche Botschafter in London, Paul Graf von Wolff-Metternich.⁷⁶ Als die Regierungen in Berlin, London und Wien in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 daran gingen, über die Konsequenzen der zweiten Marokkokrise für ihr außenpolitisches Handeln nachzudenken, bezogen sie die öffentliche Meinung zwar in ihre Überlegungen ein. In ihren Dé-tentekonzepten hatten aber alternative Formen der Konfliktregulierung keinen Platz.

Beginnen wir also damit, die Geschichte der Jahre 1911 bis 1914 einmal als Geschichte von Spannungsbemühungen der offiziellen Außenpolitik zu schreiben.

⁷⁵ Mommsen, Wolfgang J.: Die europäische Reaktion auf Woodrow Wilsons „New Diplomacy“. In: Ritter, Gerhard A. u. Wende, Peter (Hg.): Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Paderborn u. a. 1999, S. 145–162, hier S. 157.

⁷⁶ Metternich an Ballin, 20. August 1917, Abschrift, BA N 1053 NL Solf, Nr. 138.